

Ueber:
Secre:
Sach:
age des
n hätte.
er selbst
nainers

Staat:
bis jetzt
in Ue:
zeugung
verkün:
besteht:
Civil-
dieser
ig, ver:
en sei:
t seien:
diesem

nachdem
en den
das
er ge:
n durch
Bravo-
rath
haben
uf das
zeugung-
geben,
e Prä:
s, in
das
erkenn:
werde,

bedeu:
-swig:
! der
at die
Stärke
e und
e und
angen
uf al-
e un-
Befehl
Bonin
Kol-
Feind
seitige
beten
Bau-
Brand
eswig
)

Dartie
Uene
inen-
kauff

or.

Küller

Ueber:
Secre:
Sach:
age des
n hätte.
er selbst
nainers

Staat:
bis jetzt
in Ue:
zeugung
verkün:
besteht:
Civil-
dieser
ig, ver:
en sei:
t seien:
diesem

nachdem
en den
das
er ge:
n durch
Bravo-
rath
haben
uf das
zeugung-
geben,
e Prä:
s, in
das
erkenn:
werde,

bedeu:
-swig:
! der
at die
Stärke
e und
e und
angen
uf al-
e un-
Befehl
Bonin
Kol-
Feind
seitige
beten
Bau-
Brand
eswig
)

Dartie
Uene
inen-
kauff

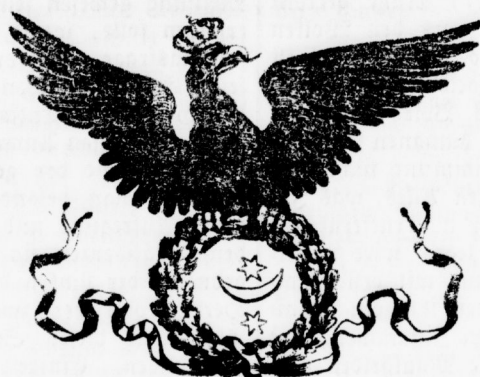
or.

Küller

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von S. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breiten-
weg No. 156.

Sächsische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N 98.

Halle, Sonnabend den 28. April
Hierzu eine Beilage.

1849.

Deutschland.

Halle, d. 27. April. In Breslau bestehen zwei „Er-
rungenschaften“, ein „Arbeiter-Verein“ und ein „social-de-
mokratischer Arbeiterverein“. Beide „Ernungenschaften“ sind
eine Frucht des demokratischen Chaos. Beide, seit ihrer Ge-
burt getrennt, haben sich die Zwillingbrüder vor Kurzem ver-
einigt, um gemeinschaftlich und mit mehr Erfolg ihre Absich-
ten verwirklichen zu können. Die Schlesische Zeitung schildert
die Vereinigung mit folgenden Worten: „die Vereinigung des
Arbeitervereines mit dem social-demokratischen Arbeiterverein
hatte die äußerste Linke der Breslauer Demokratie durch ein
Bankett zu feiern beschlossen. Dasselbe fand im Wintergarten
statt und es betheiligten sich etwa 1500 Personen, Neugierige
und Damen mit eingerechnet. Die Marseillaise als Fest-
marsch leitete die Festlichkeit ein; darauf begannen die Reden.
Zuerst sprach Nees von Esenbeck in mystisch-symbolischer
Weise über die geschichtlichen Anfänge des Staatslebens, die
Auswanderung der Arbeiter aus dem Hause des „Vaters“,
die man jetzt bei ihrer Rückkehr in dasselbe als Fremde betrachte,
als Nicht-Gleichberechtigte behandle. Er brachte der Verbrü-
derung unter den Arbeitern der Erde einen Toast. Nach ihm
beantragte Brehmer, daß der Präsident sowie der Vicepräsident
sich die Jakobinermütze aufsetze, was unter allgemeinem Jubel
geschah. Semrau, mit der Jakobinermütze bekleidet, hielt nun
eine sehr enthusiastische Rede, in welcher er darauf hinwies,
daß jede neue Idee, welche sich in der Weltgeschichte Bahn
breche, zahlreiche Opfer koste, daß sie Verfolgungen und Ver-
dächtigungen ohne Maß und Ziel ausgesetzt sei. Die rothe De-
mokratie habe kein andres Schicksal. Sein Toast gelte darum
der socialen Demokratie. Stilk gab eine Klassifikation der
Demokratie. In der Demokratie gebe es drei Kategorien:
1) Solche, welche ein festes Prinzip verfolgen. Dies seien die
Social-Demokraten, deren Panier die blutrothe Fahne. Ihr
Wahlspruch heiße: Gerechtigkeit für Alle; ihr Ziel: Organisa-
tion der Arbeit und Association der Interessen. 2) Solche,
welche vermitteln und die Macht des großen Kapitals ein Wis-
sen einschränken wollen zu Gunsten des kleinern Kapitalisten.
Das seien die Blauen, welche zu den vielen Blutsaugern der
Gesellschaft noch einige Tausend Blutigel setzen und dadurch
ihre zu helfen glauben. 3) Die Dritten haben gar keine be-

stimmte Farbe, sondern schillern in allen Farben und halten es
mit allen Parteien. Es sei die verächtlichste Sorte der Demo-
kraten, welche sich an den Ersten dadurch zu rächen suchen, daß
sie dieselben Prinzipienreiter benennen. Brehmer bezeichnete in
seiner gleich darauf folgenden Rede das Pfaffenthum als das
Haupthinderniß der Menschheit auf der Bahn der Civilisation
und Humanität. Auch in der Demokratie gebe es ein Pfaffen-
thum und dieses müsse gestürzt werden. (Der anwesende Pro-
fessor Nees von Esenbeck ist, obwohl ein fanatischer Gönner der
Arbeiter, doch nebenbei auch ein ebenso fanatischer Freund der
Pfaffen, der Mönche und Nonnen!) Zu den demokratischen
Pfaffen gehören Alle, welche erst die politische Freiheit wollen,
dann die sociale, welche erst in weiter Ferne, in einem Jen-
seits liege. Doch genug des Ueberflusses von Mangel an Ver-
stand! Zum Schlusse geben wir noch folgende Verse aus einem
der gesungenen Lieder:

Die neue Rebellion!
Die ganze Rebellion!
Marsch, Marsch!
Marsch! Wär's zum Tod!
Und uns're Fahn' ist roth!

Ein anderes Breslauer Blatt läßt sich über obige Vereini-
gung also vernehmen: Gestern fand die feierliche Vermählung
der blauen und der rothen Demokratie mit geziemendem Pompe
statt. Der Arbeiterverein schlechtweg und der social-demokrati-
sche Arbeiterverein, welche bisher auf verschiedenen Wegen isolirt
die politische und sociale Seligkeit suchten, haben sich nunmehr
die Hände gereicht, und diese Allianz durch ein großes Bankett
festlich begangen. Das nunmehr gemeinschaftliche Ziel beider
Fraktionen des Arbeiterstandes ist natürlich das social-demokra-
tische Skarion. Der Weg dorthin wird mit souverainer Verach-
tung gegen die bloß politischen Demokraten, gegen die sogenann-
ten Blauen, sammt der Bourgeoisie, gepflastert. Das Bankett
war ein ziemlich grober Abklatsch der Ledru-Rollinschen Drigi-
nale, in welchem die grellsten Tinten gräulich zusammenfloßen.
Nees, der Vater der Proletarier, der Mann mit dem jugend-
lichen Herzen, präsidirte und sprach tief sinnig-populär über sein
ewiges Thema. In galanter Berücksichtigung der anwesenden
Damen sprach Herr Brehmer, der hagere Cassius der rothen
Republik, über die Emancipation der Liebe, die Unsit-
lichkeit unserer Geld-Ehen und über das prostituirte

weibliche Proletariat. Dieselbe zarte Aufmerksamkeit gegen das andere Geschlecht diktirte den zeitgemäßen Antrag, daß außer dem Vorsitzenden auch ein Mann und eine Frau aus der Gesellschaft mit der phrygischen (Jakobiner-) Mütze gekrönt werde. Der selige Robespierre sah verklärt aus den Wolken auf diese social-demokratische That! Genug davon! Es ist wirklich traurig, daß durch die hohlköpfigen socialistischen Phrasendrescher ein so gesunder Bestandtheil des Volks, wie der Gesellenstand, von jedem politischen und humanen Interesse abwendig gemacht und in eine feindselige Stimmung nicht bloß gegen die sogenannte Bourgeoise, sondern gegen Alles, was Intelligenz heißt, hineingefetzt wird. Jeder, der nur entfernt auf die allgemein politischen Fragen einen Werth legt, wird natürlich als Reaktionär verrufen, und wenn er auch mit bester Einsicht die socialen Fragen behandelte, sie halten ihm ein höhnisches „Timeo Danaos“ entgegen. Damit im Zusammenhang steht die Verachtung und der Haß, den diese Maulhelden dem Volke gegen die heiligste politische Institution, die Volksvertretung, einzulösen bemüht sind. Sie lassen keine Gelegenheit vorbeigehen, um gegen die Parlamente und ihre Autorität zu eifern und an deren Stelle an die Souveränität der Fäuste und Pfastersteine zu appelliren. Wie soll jemals ein bewußtes politisches Selbstgefühl in das Volk kommen, wenn man ihm täglich seine erwählten Gesetzgeber als seine faulen Knechte, die ihre Schuldigkeit nicht thun, und darum ausgepeitscht werden müssen, darstellt? Diese wahrhafte Vergiftung der politischen Natur der noch unselbstständigen Volksklassen ist um so gefährlicher, als ihr auf der andern Seite auch die bürocratische Mißachtung und Geringschätzung des parlamentarischen Ansehns, wie sie jetzt offen von den Regierungen an den Tag gelegt wird, ergänzend entgegen kommt. Volksveto von unten, Ministerveto von oben — wie soll da das Repräsentativsystem, das nun einmal die Grundlage des modernen Staats ist und bleiben wird, sich entwickeln? Aber oft scheint es wahrlich, als ob die vorgeblichen Freunde des Volks diesen von ihnen geblendeten Riesen nur deshalb an den Säulen, nicht etwa des alten Staates, sondern des Staates überhaupt rütteln lassen, um sich an dem allgemeinen Umsturze zu weiden, der das Volk mit den Trümmern seiner schwer errungenen Freiheit wieder auf Menschenalter verschütten soll. Sie sind darum, wenn nicht gerade die bewußtesten, so doch die natürlichsten Miiirten des Absolutismus.“

Und im Angesichte so offen organisirter Attentate gegen die Sicherheit und geordnete Freiheit kann man es wagen, die unbedingte Freiheit, die denkbarste Schrankenlosigkeit zu Vereinen und Versammlungen zu fordern? Man kann es wagen zu behaupten, die Staatsgesellschaft habe kein Recht und keine Pflicht, sich durch gefekliche Mittel gegen die Kotten der offenen Verschwörung, gegen die Vergiftungen der sittlichen Volkseinsichten zu sichern? Das könnt ihr wagen? Geht, geht, ihr feilen Zungendrescher, eure grausenhafte Lehre läßt euch entweder als Verräther oder als die verächtlichsten Narren erscheinen, die die Sonne je beschienen! Ihr schafft die gemeine Moral ab, ihr predigt die Brüderlichkeit und lehrt, daß kolossale Verbrechen kommen müssen, um einen neuen Zustand der Gesellschaft herbeizuführen. Die weltaufbauende Macht der Humanität mit Füßen tretend, löst ihr sie ab von ihren Wurzeln, bringt Krieg gegen alle gesunde Entwicklung, gegen alles Bestehende, gegen alles frische eigenthümliche Leben, bringt die Dämonen wilder Zerstörung, um die europäische Menschheit in der grausenhaftesten Barbarei zu begraben. Das wollt ihr, und dazu verlangt ihr, daß die Gesellschaft das Recht, die Freiheit feierlich verbrieft! Ihr Narren! Die Staatsgesellschaft wird solchen Narren gerecht werden!

Berlin, d. 26. April. Herr Camphausen hat seine Entlassung eingereicht. Obwohl mit dem Ministerium in der deutschen Frage der Hauptsache nach einverstanden, soll er der Meinung gewesen sein, daß die Erklärung Preußens erst dann erfolgen solle, wenn sämtliche Regierungen sich über die Verfassungsfrage ausgesprochen hätten. Das Ministerium aber gab seine Erklärung schon vorher in den Kammern ab. Dies scheint der Grund des Entlassungs-Gesuches des Hrn. Camphausen zu sein, über dessen Annahme bis jetzt noch nichts verlautet. (D.R.)

Während der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer bemerkte man besonders in den Reihen der linken Seite eine große Aufregung und es fanden lebhaftere Communicationen mit dem Präsidenten statt, weil sich auf den Sigen vieler Abgeordneten der Linken das unten mitgetheilte Schreiben: „An die Herren von der zweiten Kammer“ vorgefunden hatte; zum Theil war dieses Schriftstück auch den Abgeordneten brieflich zugegangen. Einige Abgeordnete hatten die Meinung gefaßt, der Präsident Grabow habe es auslegen und vertheilen lassen, weil ohne seine besondere Erlaubniß in der Kammer nichts vertheilt werden kann, indeß erwies sich bald der Ungrund dieser Vermuthung und es ist nun, dem Vernehmen nach, von dem Präsidium die strengste Untersuchung über die Zusender und die Vertheiler angeordnet worden, deren Ergebnis wir vielleicht schon heute von der Tribüne vernehmen werden. Das fragliche Schriftstück selbst lautet, wie folgt:

An die Herren von der zweiten Kammer.

Eine äußerste rothe Fraction der Linken hat in diesen Tagen folgendes Programm für ihre Thätigkeit aufgestellt:

- 1) die höchste Gewalt im Staat geht vom souverainen Volk aus.
- 2) Wir stügen unsere Berechtigung auf die Barrikaden des 18. und 19. März in Berlin und werden darauf fortbauen.
- 3) Einem einigen Deutschland schließen wir uns nur in soweit an, daß eine Kammer besteht und aus dieser eine Commission von drei Personen gewählt wird, welche die oberste Behörde im Staat bildet.
- 4) Wir erstreben eine große polnische Republik.
- 5) Alle diejenigen, welche sich an der Contrerevolution betheiligt haben, sind der Volksbestrafung preisgegeben.

(Folgen mehrere Unterschriften.)

Dieses Programm enthält somit die offene Empörung, den reinen Convent, die rothe Republik!

Wird die Kammer, wird das Land dazu schweigen? Wir fordern sofort die Anklage der genannten Hochverräther.

Die gestrige Sitzung der zweiten Kammer hat gezeigt, was das Land von dieser Kammer zu erwarten hat. Die Linke hat sich darin wiederum betragen, wie die gemeinsten Gassenbuben, die meisten Mitglieder der Rechten, wie erbärmliche Feiglinge und Verräther an ihren Mandaten! Würde die Rechte der Kammer ihre Pflicht erfüllen, so könnte die Brutalität der Linken nicht wagen, ihr Haupt so frech und schamlos zu erheben. Diese Rechte aber wagt nicht einmal, eines ihrer Mitglieder vor dem schmachvollen Terrorismus jener Rotte von Gassenbuben zu schützen, und duldet es, daß ein notorischer Hochverräther und eidbrüchiger Beamter sich erdrechelt, einem Ehrenmann das Recht der Rede zu verweigern, und zu sagen, daß jener die Tribüne entehre, während er und seine Genossen die Schandflecken des Staates sind!

Das Land ist müde dieser Walgerien und Schlechtigkeiten, die es um sein Geld und seine Ehre bringen. Wir wollen uns nicht länger von Gassenbuben, noch von Feiglingen dupiren lassen, darum fort mit der ganzen sauberen Gesellschaft, in der die wenigen Guten untergehen müssen, wie der Weizen unter der Spreu!

Wenn das Vaterland gesunden soll, müssen die Pestbeulen ausgeschnitten werden.

Berlin, den 25. April 1849.

Viele Bürger der Hauptstadt.

Magdeburg, d. 25. April. Heute fand die zweite kirchliche Versammlung zur Verathung der Neugestaltung der evangelischen Kirche Statt. Der Wahlgesetzentwurf, wie er aus beiden Sitzungen hervorgegangen ist, besteht in folgenden einfachen Sätzen: §. 1. Jeder evangelische dispositionsfähige Preuße, welcher das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat, ist wahlfähig und wählbar. §. 2. Die Wahlen sollen in dem Verhältniß Statt finden, daß auf je 100,000 Seelen

der etwa 10 Millionen evangelischer Preußen zwei weltliche und ein geistliches Glied der etwa 300 betragenden Abgeordneten zur verfassunggebenden Kirchenversammlung kommen. Zu diesem Behufe werden so viele Ephorien zu einem Wahlkreise zusammengelegt, daß Wahlkreise mit etwa 100,000 Seelen herauskommen. (Also die Provinz Sachsen würde etwa 15 Wahlkreise haben mit 45 Abgeordneten, der Reg.-Bezirk Magdeburg 6 Wahlkreise mit 18 Abgeordneten.) §. 3. Die verfassunggebende Kirchenversammlung wählt sich Vorsitzende und Bureau und verstärkt sich durch je einen Abgeordneten der evangelischen Facultäten der sechs Landesuniversitäten. Die beiden Ministerien des Cultus und des Innern senden je einen Beauftragten ohne Stimmrecht in die Versammlung. §. 4. Die verfassunggebende Kirchenversammlung hat a) der evangelischen Kirche eine Verfassung zu geben, b) dieselbe mit dem Staate auseinanderzusetzen. — Die nächste Versammlung, nach etwa 14 Tagen, wird durch die Zeitung bekannt gemacht werden. Wir geben hier noch das nach 46 Orten in Deutschland versandte Ausschreiben:

Ausschreiben an evangelische Deutsche.

„In unsem engen Vaterlande Preußen steht eine Neugestaltung der evangelischen Kirche bevor, und es geizet dem evangelischen Christen nicht, unthätig abzuwarten, wie diese Gestaltung in einem so wichtigen Lebensgebiete vor sich gehen und ausfallen werde. Das Christenthum ist seinem Wesen nach eines jeden Christen eigenste und innerste Angelegenheit. Darum ist hier eine Anzahl evangelischer Männer zusammengetreten, um sich zu verständigen, was ihnen zu thun obliege. Aber die Neugestaltung der evangelischen Kirche kann nicht von Landesgrenzen beschränkt sein; was in Preußen Bedürfnis ist, das ist es nicht minder in andern Deutschen Landen, und die Deutsche Reichsverfassung eben so wohl als die Preussische Verfassung vom 5. December bedingt die Selbstständigkeit, also auch die Neugestaltung der evangelischen Kirche. Gemeinsame Berathung aber verhilft zur Wahrheit, und Eintracht macht stark. Darum fordern wir Sie, geehrter Herr, und durch Sie Ihre Gesinnungsgenossen dasigen Dites auf, in ähnlicher Weise, wie wir, Berathungen zu eröffnen. Wir erlauben uns, Ihnen in Nachstehendem das Protokoll unser ersten Versammlung vorzulegen; Sie werden daraus den Geist erkennen, in welchem wir unsrerseits die Aufgabe erfassen. Wir bemerken dazu nur, daß die 5 §§. des Wahlgesetzeswurfes in den weitern Berathungen vermuthlich mancher Abänderungen unterliegen werden. Wir bitten ferner, mit uns in schriftlichen Verkehre zu treten, glauben aber, daß es gut ist, wenn wir uns gleich jetzt über ein nächstes gemeinsames Ziel einigen. Wir schlagen deshalb vor, daß Beauftragte, welche aus den beratenden Versammlungen der verschiedenen Gegenden des evangel. Deutschlands hervorgehen, an einem geeigneten Orte, vielleicht in Eisenach, im Laufe des Sommers sich zusammenfinden, um die wichtige Angelegenheit gemeinsam der Erledigung näher zu führen.“

Magdeburg, den 18. April 1849.

Wurcardt, Hofrath, Mitglied des Domkirchenvorstandes. — Dr. Detroit, Arzt, Mitglied des Französisch reformirten Presbyteriums. — Funk, Stadtrath. — Fischer, Oberlandesgerichtsassessor. — Ulich, Pastor.

Frankfurt a. M., d. 22. April. Die Bevollmächtigten der 28 kleinen Regierungen, für welche die Collectionnote vom 14. April abgegeben ist, halten fast täglich Konferenzen. Die wichtigsten Resultate, über welche sämtliche Bevollmächtigte sich geeinigt haben, sind: 1) unbedingtes Festhalten an der aus der zweiten Lesung der Nationalversammlung hervorgegangenen und bereits rechtsgültig bestehenden Reichsverfassung; 2) Ablehnen eines Sonderbunds mit Preußen, der nicht auf jener Reichsverfassung fußt; 3) Ausführung der Reichsverfassung mit Preußen, selbst wenn die übrigen deutschen Königreiche für jetzt noch nicht beitreten sollten. Man nimmt an, daß für den Fall des Beitritts von Preußen die übrigen Königreiche, bezüglich welcher die Verfassung als bereits gültig betrachtet wird, zum Beitritt bald gleichfalls gezwungen sein würden. Für die Eventualität des Nichtbeitritts von Preußen ist ein bestimmter Operationsplan noch nicht beschlossen, dabei aber so viel ausgemacht, daß die 28 Staaten in untrennbarem Verbände bleiben und in allen jetzt vorliegenden Fragen zusammenhalten wollen. Die soeben hier eingetroffene Nachricht, daß die

Majorität der II. preussischen Kammer sich für die Rechtsgültigkeit der deutschen Reichsverfassung ausgesprochen, hat große Freude und neuen Muth gebracht. Die Erklärung des Grafen Brandenburg in der II. Kammer hat diese Freude nicht mindern können.

Frankfurt a. M., d. 23. April. Die „Neue Würzburger Zeitung“ läßt sich von hier schreiben: Der König von Württemberg habe Herrn von Schmerling mit dem Kommandeurkreuz des Ordens der württembergischen Krone decorirt.

Das Schreiben, welches das Präsidium der verfassunggebenden Reichsversammlung an den Präsidenten der württembergischen Kammer der Abgeordneten in Folge des heutigen Beschlusses gerichtet hat, lautet folgendermaßen:

Die geehrte Zuschrift des Herrn Präsidenten der zweiten württembergischen Kammer der Abgeordneten d. d. Stuttgart, den 22. April 1849, hier angekommen am 23. Nachmittags, ist heute — in der 205. öffentlichen Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung — verlesen und die Veranlassung geworden, daß der Antrag (von Feger und Fischer):

- 1) „Die Reichsversammlung wolle sofort und ohne Discussion beschließen: Die württembergische Kammer der Abgeordneten insbesondere durch ihren Beschluß vom 22. April, sowie das württembergische Volk überhaupt, entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der deutschen Nation.“
- 2) Die Reichsversammlung wolle von dieser Erklärung durch Vermittlung des Präsidiums jener Kammer der Abgeordneten diese selbst, sowie das württembergische Volk überhaupt, in Kenntniß setzen.“

als ein dringlicher anerkannt und mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität zum Beschluß erhoben worden ist.

Das Präsidium der verfassunggebenden Reichsversammlung bereithat, den Herrn Präsidenten der württembergischen Kammer von diesem Beschlusse hiermit in Kenntniß zu setzen.

Frankfurt a. M., d. 24. April 1849.

Das Präsidium der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung
 G. Simson.
 Bauer. B. Eisenstud.
 Schriftführer Biedermann.

Frankfurt a. M., d. 23. April. Wir erfahren so eben, daß der Abgeordnete Lehne an dem Landtage zu Darmstadt einen dringlichen Antrag gestellt hat. Er geht dahin: „Die großherzogl. Regierung zu ersuchen: der vollendeten Thatsache des Bestehens einer rechtsgültigen Reichs-Verfassung die vollendete Thatsache des begonnenen Bollzugs derselben ohne Säumen anzureihen, sofort: 1) das Militär und die Beamten auf die Reichs-Verfassung beeidigen zu lassen; 2) der Centralgewalt und National-Versammlung die ausdrückliche Erklärung zukommen zu lassen, daß denselben die Reichstruppen des Großherzogthums Hessen für kräftigere Durchführung der Verfassung zu unbefränkter Verfügung stehen.“

Der Rest der österreichischen Abgeordneten in der Paulskirche hat, bis auf sechs bis acht derselben, schon vor der heutigen Versammlung sich entschlossen, nur den jetzt obschwebenden Verhandlungen noch beizuwohnen und dann auszutreten.

„Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet heute die über Hrn. v. Schmerling in den Zeitungen verbreiteten Gerüchte dahin, daß sie sagt, Herr v. Schmerling sei weder in Berlin noch in Stuttgart, sondern er sei nur zwei Tage von hier in Karlsruhe gewesen, woselbst er dem Großherzoge für die ihm gewordene Ueberfendung der Insignien des Hausordens der Treue seinen persönlichen Dank ausgesprochen habe.“

Frankfurt a. M., d. 25. April. Verschiedene gestrige Blätter enthalten die Nachricht und auch wir haben sie aus der deutschen Zeitung aufgenommen, daß Hr. v. Radowicz vor seiner Abreise nach Berlin eine Unterredung mit Hrn. H. v. Gagern gehabt und dabei geäußert habe, er werde Sr. Maj. dem König von Preußen die unbedingte Annahme der von der deutschen Nationalversammlung verkündeten Verfassung anrathen. Es kann aus bester Quelle versichert werden, daß eine so be-

stimte Aeußerung von Seiten des Herrn v. Radowitz nicht erfolgt ist.

Stuttgart, d. 24. April, Abends 5 Uhr. So eben kommen die Minister von Ludwigsburg von dem Könige zurück. Der König und die Minister sind über das deutsche Verfassungswerk einig. Die Erklärung des Königs, welche sie mitgebracht haben, lautet also:

„Se. Majestät der König von Württemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinen Ministern die deutsche Reichsverfassung, einschließlich des Kapitels über die Oberhauptfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben sammt dem Reichswahlgesetze, unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung an, daß dieselbe in Deutschland in Wirksamkeit trete. Zugleich soll der württembergische Bevollmächtigte in Frankfurt dahin instruiert werden, daß die württembergische Regierung nichts dagegen einzumenden habe, wenn der König von Preußen, welcher das Erbkaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen für jetzt mit Zustimmung der deutschen Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands sich stellen wird. Ludwigsburg, den 24. April 1849. Wilhelm.“

Deßau, d. 25. April. Heute früh marschirte unser Militär nach Schleswig-Holstein ab. Das Bataillon, 600 Mann stark, geht heute mit der Eisenbahn bis Braunschweig. Das Köthensche Bataillon wird übermorgen nachfolgen.

Aus Nord-Schleswig, d. 24. April. Der Adjutant des General-Lieutenants v. Bonin, Hauptmann Streuber, bringt einen Bericht über die gestrige eben so siegreiche als blutige Affaire bei Kolding an die Statthaltertschaft (der bereits in der gestr. Nr. des Couriers aus Hadersleben mitgetheilt ist). Der Bericht ist datirt: Kolding, d. 23. April 1849, Nachmittags 4 Uhr. Aus den Privat-Aeußerungen des Hauptmanns Streuber geht jedoch hervor, daß der Kampf nicht sechs, sondern zehn Stunden gedauert haben soll, nämlich von 7 Uhr früh bis 6 Uhr Abends. Die Dänen hatten ihre Artillerie nördlich der Stadt aufgestellt. Als unsere Truppen nach mehrstündigem Kampfe, bevor noch die erwartete Verstärkung angelangt war, vom Feinde in die Stadt gedrängt wurde, da begann gegen 6 Uhr Abends das Gefecht in den Straßen, wo die vertheerten und brutalen Tüthen aus den Häusern kochendes Wasser auf die Unsrigen gossen und aus den Häusern schossen. Mittlerweile traf eine Division des linken Flügels der schleswig-holsteinischen Armee auf dem Wahlplatz ein, und wie das blaue dänische Husarenregiment sich auf das 9. Bataillon stürzen und die Reihen desselben sprengen wollte, wurde dasselbe von einer plötzlich demaskirten Batterie mit Schrapnells und Kartätschen dermaßen begrüßt, daß das ganze Husarenregiment in kurzer Zeit bis auf einige funfzig Mann aufgerieben war. Dies klingt etwas unglaublich, aber wenn man ferner erwägt, daß gleichzeitig das wohlgezielte Feuer der in den erstürmten Häusern postirten trefflichen Jäger vom dritten schleswig-holsteinischen Jäger-Korps in die Flanke der feindlichen Reiterei Tod und Verderben sandte, so wird man es wohl klar finden. General von Bonin hat seine Befehle auf dem Markte in der Nähe eines brennenden Hauses, im dichtesten Kugelregen, an die kommandirenden Offiziere ertheilt, und wird sein kaltblütiges Benehmen von den Soldaten sehr gerühmt. Unter den hier eingebrachten dänischen Gefangenen befindet sich auch der auf einer Rekognoszirung von den Vorposten des 10. Bataillons südlich von Kolding ergriffene Oberamtmann Drla Lehmann von Beile, vorjährigem dänischen März-Minister, welcher letztere nach dem Schlosse Gottorf gebracht wurde. Auch hat sich der größte Theil des 13. dänischen Bataillons (aus Schleswigern)

zu den Unsrigen gewendet und die Waffen gestreckt. 17 Offiziere wurden gefangen genommen. Das Centrum der bis auf 17 Bataillone angewachsenen operirenden schleswig-holsteinischen Armee bewegt sich jetzt auf der Straße nach Beile, während gleichzeitig westlich eine Kolonne operirt.

Schleswig, d. 24. April. Diesen Morgen zwischen 7 und 8 Uhr ist Drla Lehmann hier als Gefangener eingebracht. Wer könnte das Walten der Nemesis verkennen; erst wird das mächtige Linien Schiff „Christian VIII.“ von einigen wenigen Kanonen einer Strandbatterie gefällt, dann geräth der Mann in unsere Hände, welcher den Schleswig-Holsteinern mit blutiger Schrift auf dem Rücken schreiben wollte: „Dänemark bis zur Eider.“ — Gestern ist hier viele schwere Artillerie, zum Theil vom „Gefion“, nach dem Norden durchgegangen. — Gestern Abend begab sich die hier Kasttag haltende und heute abmarschirende Escadron des Preussischen Düsseldorfer Husaren-Regiments in feierlichem Fackelzuge zu dem Grabe der am 23. April 1848 hier gefallenen Preußen auf dem Friedrichsberger Kirchhofe, woselbst ein Offizier eine kurze Rede hielt, die Fackeln an dem Grabe verbrannt wurden und die Mannschaft nach stillem Gebete zurückkehrte. Mehrere Häuser der Straßen, durch welche der Zug ging, waren erleuchtet.

Ueber das Gefecht bei Kolding noch folgende Nachrichten nach der Aussage der Ordnonanz, die Drla Lehmann hierher brachte: Als Drla Lehmann, der damit beschäftigt war, den Landsturm aufzuregen und die Einwohner Koldings gegen die Schleswig-Holsteiner aufzureizen, vor Bonin geführt wurde, hat dieser, auf das Schlachtfeld und das brennende Kolding hinweisend, ihm zugerufen: „Das, Herr, haben Sie auf Ihrem Gewissen! . . .“ — Selbst aus Christiansfeld hat man am Schlachttage noch Kanonen im gestreckten Galopp herbeigeht. Die Artillerie ist ausgezeichnet bedient worden und hat große Wirkung hervorgebracht, besonders sollen die dänischen Husaren durch sie gelitten haben. In Kolding haben mehrere Einwohner aus den Häusern mit Hagel auf die Unsrigen geschossen.

Susum, d. 22. April. So eben kommt hier ein deutsches armirtes Dampfboot mit 4 Kanonenböten auf der Rheide an, um, wie es heißt, Föhr von den Dänen zu befreien. Die Offiziere sind schon am Lande.

Wien, d. 23. April. Es sind trübe Nachrichten aus Ungarn angelangt, doch sind sie so arg nicht, wie die Fama sie verbreitet. General Wohlgemuth ist geschlagen und genöthigt worden, zu retiriren. So viel ist gewiß wahr, wie auch, daß man nicht dem General, sondern der Uebermacht die Schuld dieses Unfalls beimessen muß. Auch das Gerücht, Komorn sei entsetzt, und Görgey noch weiter darüber hinaus und schon in der Nähe Presburgs, erfährt aber billig Bedenken. Ernstlich greifen übrigens die Besorgnisse vor einem Handstreich nicht um sich, obschon man es sich nicht verhehlen darf, daß man von der Kühnheit der ungarischen und polnischen Heerführer und von der tollkühnen Bravour ihrer Leute Alles erwarten darf. In jedem Falle hat man beinahe ganz Ungarn wieder neu zu erobern, und kann und darf nicht die Hand zur Pacification bieten, bevor sich nicht wieder Vortheile auf unserer Seite ergeben haben. Die rasche Hülfe wird nun von dem anrückenden Russenheere, die langsame, aber glorreichere von dem entbehrlich werdenden eignen in Italien erwartet. Es war ein unglückseliges Verhängniß oder vielmehr eine traurige Verblendung, die den Fürsten Windisch-Grätz zum Heerführer in Ungarn erwählen ließ, und die Offiziere sprechen sich laut und unverhehlen darüber aus, daß er schwere Verantwortung auf sich gezogen hat, welcher er nur durch die früher ihm angerühmten Verdienste sich zu entziehen vermag. Nicht minder verderblich war der Irrthum hinsichtlich der Bevölkerung. Man hatte

ihre Demonstrationen als Strohfeuer betrachtet und sie den Mittel- oder Unter-, meinetwegen auch Oberitalienern an die Seite gestellt, während hier ein Fanatismus waltet, nur demjenigen vergleichbar, der Spanien in den Franzosenkriegen von 1809 befreite. Noch ist nicht der letzte kaiserliche Soldat aus einem ungarischen Dorf abgezogen, so ruft auch schon der Bauer sein: „Ejzen Kossuth!“ zündet Schilf und Stroh an und telegraphirt auf schon verabredete Weise den Insurgenten, wohin der Feind gezogen, wie viele Rotten er zählt u. So finden sich die Ungarn in jeder Hinsicht auf das trefflichste bedient, während die Unsrigen überall verrathen und verkauft werden; auch der Russe wird vom Magyaren als dessen angestammter Todfeind betrachtet. Die mancherlei Mißgriffe der letztern Zeit haben den Magyaren mehr Sympathien hier gewonnen, als dies unter andern Umständen der Fall gewesen wäre; dennoch haben sich dieselben bisher nicht besonders geäußert, und einige „Ejzen Kossuth“ auf Placaten mit Bleistift geschrieben, wollen darin nicht viel beweisen. Auf die Börse haben die ungarischen Nachrichten einen überraschend mäßigen Eindruck gemacht.

Aus **Wien** vom 23. April wird der „Schles. Ztg.“ geschrieben: Eine Staffette brachte in der Nacht am 9. nach Jassy die Nachricht, daß Bem mit seiner Armee die walachische Grenze überschritten und die Russen bis Kimmik-Balcea — etwa 4 Posten von der siebenbürgischen Grenze — zurückgeworfen und dort sein Hauptquartier aufgeschlagen habe. Ein Brief aus Bukarest, wohin dieselbe Staffette gekommen, bestätigt diese Nachricht mit der Bemerkung, daß Bem seine Ankunft in Bukarest auf Ostern (15. d. M.) angekündigt habe. Der Korrespondent ist der Meinung, Bem habe sicherlich nur ein Korps über die Grenze dirigirt, um den von ihm mit seiner Hauptarmee beabsichtigten Einfall in die Moldau oder Bukowina zu maskiren.

Wien, d. 24. April. Der Feldmarschall-Lieutenant Böhm veröffentlicht das nachstehende (35te) Armee-Bulletin über die Begebenheiten bei der Armee in Ungarn:

Nach der rückgängigen Bewegung, welche die österreichische Armee in den ersten Tagen dieses Monats gegen Pesth gemacht, um dort eine konzentrierte Stellung zum Schutze der beiden Städte zu nehmen, hatte der Feind beinahe täglich Angriffsversuche auf selbe unternommen, die zwar keine Resultate, ihm aber doch den Beweis lieferten, daß unsere Hauptstärke um Pesth und Ofen versammelt sei. Er griff bald darauf Waizen, wo zwei Brigaden unter General Göz standen, an, wobei dieser den Heldentod fand, drängte selbe Donau aufwärts über Belet, Remend, hinauf, und ging, als er uns bei Pesth hinlänglich beschäftigt glaubte, mit zwei starken Kolonnen, die eine am linken Granufer, die andere über Tpoly-Sagh direkt nach Leva vor. Hier waren am 18ten etwa 30,000 Mann seiner besten Truppen zusammengezogen, mit denen er bei Kalna, Bars und St. Benedek in drei Kolonnen die Gran passirte. Der Feldmarschall-Lieutenant von Wohlgemuth, Kommandant von 5 Brigaden, etwa 15000 Mann, die aus Mähren und Oesterreich als Reserve hinter der Gran aufgestellt waren, — von dieser Bewegung in Kenntniß gesetzt, marschirte den 18ten auf den 19ten von Remend ab, um zwischen Malas und Wese dem Feinde entgegenzurücken. Dieser war indeß mit seiner ganzen Macht, — der unsrigen um das Doppelte überlegen, — zwischen Verebely und Nagy-Sarlo in Schlacht-Ordnung aufgestellt. Ein Angriff der Brigade Fürst Jablonovský auf Nagy-Sarlo gelang zwar vollkommen, eine Kolonne war bereits bis an den Ort gekommen, als sie dadurch, daß derselbe in Brand gerieth, das Einrücken aufgeben mußte. Der Feind benutzte diesen Umstand, unseren rechten Flügel zwischen der Gran und Nagy-Sarlo zu umgehen, während er von Verebely herab das nämliche Manöver gegen unseren linken Flügel versuchte. Das hartnäckigste Gefecht hatte bereits vom frühen Morgen bis Nachmittag gedauert; Feldmarschall-Lieutenant von Wohlgemuth hatte mit seiner bewährten Besonnenheit seine sehr ermüdeten Truppen von einer Aufstellung in die andere seltend zurückgeführt; der Feind dagegen seine Umgehung selbst bis gegen Neutra ausgedehnt. Den 20ten rückte eine andere feindliche Kolonne, die bisher bei Paszto an dem Tpoly-Fluß in Reserve gestanden, mit dem feindlichen linken Flügel auf dem rechten Gran-

ufer gegen Remend und Gran herab, und griff die dort aufgestellte Reserve, die Division Esrich, sogleich an, die sich, da an diesem Tage Feld-Marschall-Lieutenant Wohlgemuth bereits Neuhäusel passirt, seltend gegen Gran zurückzog, die dortige Schiffsbrücke abbrach, um diesen Punkt auf das Kräftigste zu vertheidigen. Den 20ten traf der kommandirende General in Ofen ein. Bei dieser Gestalt der militärischen Lage schien dem kommandirenden General die fernere Haltung von Pesth und Ofen mit großem Nachtheil für die weiteren militärischen Operationen verbunden, zumal die Donau von Komorn bis Waizen vom Feinde genommen war, und keine der beiden Städte einen brauchbaren Pivot für die Operationen bildet. Der Feldzeugmeister hat sich daher angeschickt, die Truppen in einer gesicherten Stellung zu konzentriren, und ist der Ueberzeugung, daß er durch die ihm zur Verfügung gestellten, im Zugzuge begriffenen Verstärkungen baldigst in die Lage gesetzt sein werde, mit Erfolg die Offensive von Neuem zu ergreifen. Es war schon früher dem Feldmarschall-Lieutenant Wohlgemuth der Befehl gegeben worden, seinen Rückzug in einem ungünstigen Falle hinter die Neutra und selbst bis hinter die Waag fortzusetzen, um das Waagthal sowohl, als Pressburg zu decken, und hinter der Waag die Verbindung durch die Insel Schütt mit dem Belagerungs-corps von Komorn herzustellen, wo mittlerweile die Beschließung auf das lebhafteste fortgesetzt wurde. Der kommandirende General-Feldzeugmeister, Baron Weiden, welcher den 17ten in Gran eingetroffen war, überzeugt, daß die Hauptstärke des Feindes die Umgehung durch das Gebirge zum Entsätze von Komorn konnte gemacht haben, beauftragte sogleich den Banus, mit seiner gesammten Macht aus Pesth hervorzubrechen und den Feind anzugreifen, jedoch selbst Vortheile nicht zu rasch zu verfolgen. Der Banus rückte den 19ten nach allen Seiten vor, aber der Feind wich so schnell zurück, daß er nicht einmal durch unsere Kanontugeln erreicht werden konnte. Nachrichten vom 21. d. M. aus Pesth melden, daß der Feind an diesem Tage bei Szinkota einen Angriff unternahm, und von unseren gegen ihn rückenden Truppen nach einem wenig hartnäckigen Gefechte überall zurückgedrängt worden ist. Nach so eben eingelangten Nachrichten des Feldzeugmeisters, Grafen Nugent, aus Semlin, vom 17. d. M., gestaltet sich der Zustand der Dinge an der unteren Donau immer günstiger, der Szatistenbezirk ist vom Feinde wieder gereinigt, die St. Lungum Peterwardein ist durch die unter der energischen Leitung des Obersten Mamula zweckmäßig angebrachten Verschanzungen sehr verstärkt worden, und durch die von allen Seiten heranrückenden Truppen-Vermehrungen wird das daselbst sich bildende Corps bald in der günstigsten Lage sein, wieder die Offensive zu ergreifen, und gegen Szegedin vorzurücken. — Wien, den 24. April 1849. — Der landeskommandirende General und Gouverneur-Stellvertreter: Freiherr v. Böhm, Feldmarschall-Lieutenant.

Wir knüpfen an dieses Bulletin folgende Mittheilung aus Wien von demselben Tage: Nach den bisher veröffentlichten Berichten scheint sich der Entschluß Komorns und die Räumung von Pesth und Ofen zu bestätigen, und die k. k. Armee in der Gegend von Raab zu konzentriren. Die neueste offizielle Kunde hierüber giebt das 35. Armee-Bulletin; doch versichert man, daß bessere Nachrichten angelangt seien, die ein 36. Bulletin noch im Laufe des Tages bringen dürfte. — Bis übermorgen haben alle geschäftslosen Ungarn und Polen Wien zu verlassen; eine Maßregel, die auch auf die geschäftslosen Italiener und Norddeutschen ausgedehnt werden soll. (D. R.)

Ungarn.

Pesth, d. 20. April. (4 Uhr Nachmittags.) So eben ist der Feldzeugmeister Baron v. Weiden in Ofen angekommen. — Man spricht von einer für die Kaiserlichen ungünstigen Schlacht, welche in der Gegend von Komorn stattgefunden habe. Es kommen allerdings viele zersprengte Truppen hier an, und das kaiserl. Lager vor Pesth ist größtentheils nach Ofen hinübergezogen.

Der erfolgte Einmarsch von 40,000 Russen in Siebenbürgen wird von der Gräzer Zeitung als zuverlässig mit dem Bemerkten berichtet, daß 18,000 Russen bei Krakau ebenfalls des Grenzüberttritts gewärtig seien.

Italien.

Turin, d. 19. April. Gerüchte, aber offenbar voreilige, behaupten, Radetzky habe nach der Rückkehr Boncompagni's

Sofort Befehl gegeben, Alexandria zu besetzen. Sollten sich diese Gerüchten bestätigen, so wäre der Wiederausbruch des Krieges unvermeidlich. Uebrigens herrscht hier die Ansicht, daß dies früher oder später dennoch geschehen werde; denn die Bedingungen, die Bruck im Namen Schwarzenberg's überbracht, sind unerfüllbar: 1) 200 bis 250 Millionen Lire Kriegsgelder; 2) gemischte Besetzung Alexandria's und Novara's; 3) Entwaffnung der Bürgerwehr und eines großen Theils des Heeres; 4) Abänderung der wichtigsten Stellen der Verfassung. Pinelli hat es vorgezogen, sein Minister-Amt niederzulegen, als auf solche Bedingungen Unterhandlungen anzuknüpfen. Hector de Sonnaz, Kommandant von Alexandria, hat ebenfalls abgedankt. Die Entmuthigung bei Hofe ist vollständig.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 26. April.

Table with 3 columns: Pf., Brief., Geld. and 3 columns: Pf., Brief., Geld. containing various financial data like 'Pr. freiw. Anl.', 'St. Schuldch.', 'Sch. Pr. = Sch.', etc.

Eisenbahn-Actien.

Table with 4 columns: Stamm-Actien, Pf., Prioritäts-Actien, Pf. containing various railway stock prices like 'Ber. Anst. Lit.', 'do. Hamb.', 'do. Stat.', etc.

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Geld.)

Halle, den 26. April.

Table with 2 columns: Getreideart (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer) and Preis (1 Pf., 2 Pf., 3 Pf., 4 Pf., 5 Pf., 6 Pf.).

Magdeburg, den 26. April. (Nach Wispeln.)

Table with 2 columns: Getreideart (Weizen, Roggen) and Preis (45, 51, Gerste, Hafer).

Berlin, den 26. April.

- List of grain prices: Weizen nach Qualität 55-59 Pf., Roggen loco 24-26 Pf., Gerste, große loco nach Qualität 14-15 Pf., etc.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 26. April Abends 6 Uhr am Unterpegel 9 Fuß 5 Zoll. am 27. April Morgens 6 Uhr am Unterpegel 9 Fuß 4 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 26. April Nr. 10 und — Zoll.

Fremdenliste.

Angelommene Fremde vom 26. bis 27. April.

- List of arrivals: Im Kronprinzen: Hr. Baron v. Ranow a. Mecklenburg. Hr. Candidat Düme a. Berlin. Die Herrn. Kauf. Müller a. Gera, Meinhard a. Rülfrin. Stadt Zürich: Die Herrn. Kauf. Wender a. Mannheim, Philipson a. Magdeburg, etc.

Freie Gemeinde.

Sonntag Nachmittag punkt 2 Uhr Vortrag von Wisclicenus (Ueber das „Himmelreich“ im alten und im neuen Glauben).



Bekanntmachungen.

Töpferwaaren-Auction.

Donnerstag d. 3. Mai c. Nachm. 2 Uhr wird in dem Hause hier auf dem Neumarkt Nr. 1201 die Töpferwerkstätte mit den sämtlichen fertigen und den noch nicht fertigen Töpferwaaren, bestehend in 18 Stück schwarz glazirten Ofen von Pfeifen und gemusterten Kacheln, mehreren 100 Stück Sims- und Eckkacheln, Ofenfüßen, 7 Stück braunen und 4 Stück gelben Kachelöfen, einer Partie Heerdfliesen und Eckstücken, ferner eine beträchtliche Zahl gebrannter, nicht glazirter Töpferwaaren, Circuliröfen, Röhren, Blumen-töpfe, eine Partie Töpfermodelle und Formen, nebst einem Fasse Braunstein, gerichtlich verauctionirt werden.

Gräwen, Auct.: C.

Von Johannis d. J. ab soll das Rittergut Gösis bei Radegast auf 12 Jahre cessionweise verpachtet werden. Das Gut enthält circa 1050 Morgen Weizenboden, eine Brennerei, Brauerei und Ziegelei nebst vollständigem Wirthschaftsinventarium und vorzüglichen Wohn- u. Wirthschaftsgebäuden.

Hierauf Reflektirende haben sich bei Unterzeichnetem baldigst zu melden, und können daselbst die näheren Bedingungen erfahren.

Göthen, den 25. April 1849.

v. Bramig I., Advokat.

Um mehreren Anfragen zu begegnen, benachrichtige ich hierdurch die geehrten Eltern in der Umgegend von Merseburg, daß meine häuslichen Verhältnisse es mir gegenwärtig erlauben, mehrere junge Mädchen zu ihrer fernern Ausbildung bei mir als Pensionaire aufnehmen zu können. Selbst Jüngere, welche noch den Schulunterricht in hiesiger Stadt genießen sollen, finden bei mir eine mütterliche Obhut und Erziehung.

Merseburg, im April 1849.

Auguste Paech.

Georginen der schönsten Sorten sind zu haben beim Gärtner Bär, Jägerplatz Nr. 1074.

Ein Verwalter und ein Handlungs-Commis finden Unterkommen durch J. G. Fiedler in Halle Nr. 209.

Ein Materialgeschäft in einer bedeutenden Engro-Handelsstadt ist zu verpachten durch J. G. Fiedler in Halle a/S.

Eine ganz neue sehr nahrhafte Windmühle mit Feldgrundstücken ist billigst zu verkaufen durch J. G. Fiedler, kl. Steinstraße Nr. 209.

Das Soolbad Kösen bei Naumburg an der Saale.

Das Soolbad Kösen, welches, als Stationspunkt der Thüringischen Eisenbahn, von den verschiedensten Entfernungen aus bequem zugänglich ist, zeichnet sich anerkanntermaßen, nicht allein durch die Wirksamkeit seiner Quellen gegen Scrofuln und ähnliche Krankheitszustände, sondern vor allem noch durch seine anmuthige und gesunde Lage aus. Auf Rechnung jener örtlichen und klimatischen Verhältnisse, welchen der Ort es verdankt, daß er sich frei erhält von endemischen wie epidemischen Krankheiten, ist ohne Zweifel auch die bemerkenswerthe Thatsache zu bringen, daß der Aufenthalt weniger Wochen in Kösen auf Kranke oft wohlthätiger einwirkt, als der lange Zeit fortgesetzte Gebrauch der Soolbäder an anderen Orten; weshalb wir unter den Fremden, die unser Thal besuchen, stets viele aus der Nähe solcher Salinen zählen, welche zwar zweckmäßig eingerichtete Badeanstalten, aber nicht jene Vorzüge Kösens darbieten.

Die ärztliche Ueberweisung von Kranken, deren Leiden nach Form und Ursprung äußerst verschieden sind, hat Veranlassung gegeben, die Heilapparate stets zu vermehren, so daß der Kurort an Mannigfaltigkeit derselben jetzt wohl kaum von irgend einem anderen Badeorte übertroffen werden dürfte. Wir erwähnen hier insbesondere, außer den trefflichen Soolbadeanstalten in dem neuen und eleganten Badehause, das Sooldampfbad, das Wellenbad mit Souldouche, die Struve'sche Trink- und Molkenanstalt (in welcher gegenwärtig frischemelkende Eselinnen sich befinden), endlich den electrischen Apparat. Dieser steht mit einer bequem eingerichteten Badeanstalt in Verbindung und kann zu electrischen Soolbädern, indeß auch für sich, behufs örtlicher Anwendung auf die mannigfachste Weise benutzt werden.

Sämmtliche Anstalten werden am 15. Mai d. J. eröffnet. Die unterzeichnete Bade-Direction erklärt sich gern bereit, auf portofreie Anfragen nähere Auskunft über Badeangelegenheiten zu ertheilen und findet sich noch veranlaßt, dem Gerüchte, als seien schon sämmtliche Badewohnungen vermietet, hiermit zu widersprechen.

Die Bade-Direction.

Ich empfang eine neue Sendung
Messinaer Apfelsinen und Citronen
 und empfehle solche in Kisten und einzeln billigst;
Citronen 100 St. 2 Thlr. 20 Sgr.
 C. Kramm.

Ein ordentlicher Bursche kann sogleich in die Lehre treten beim Schneidermeister Pöffler, Sandberg Nr. 267.

Grüne 1- und 2jährige Korbweiden, so wie weiße von der Osterschale; auch weibnes Back-Ofenholz, um zu räumen, zu dem billigsten Preise sind zu verkaufen bei

Halle, Weingärten. Elixsch.

Da ich meine Speise- und Schenk-wirthschaft bis zum 29. April vollständig eingerichtet habe, so wird von nächstem Sonntag ab immerwährend für 4 $\frac{1}{2}$ gespeist in der großen Ulrichsstraße Nr. 57.
 Kühne.

Frischer Kalk den 30. April in der Kirchner'schen Ziegelei am Klausthor.

Naturzeichnen und Malen ist laut Anschlagzettel noch in 4 Stunden selbst für Nichtzeichner für 1 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ zu erlernen, wenn sich Kunstliebhaber spätestens bis den 29. April Mittags anmelden bei D. Jaegermann, Stadt Zürich Zimmer Nr. 13.

Verpachtung.

Ich beabsichtige meinen hier an der Merseburg-Leipziger Straße belegenen Gasthof zur weißen Küche mit 80 Morgen guten Ackerlandes und circa 30 Morgen Wiese von Johannis dieses Jahres ab auf 6 Jahre zu verpachten und habe ich dazu auf

Dienstag den 15. Mai

Nachmittags 3 Uhr

einen Termin in meiner Wohnung bestimmt. An demselben Tage Vormittags 10 Uhr will ich auch noch circa 120 Morgen Acker im Einzelnen verpachten. Nach Befinden können auch die sämmtlichen erwähnten Grundstücke mit dem Gasthof im Ganzen pachtweise abgelassen werden. Die näheren Bedingungen liegen 8 Tage vor dem Termin bei mir zur Einsicht vor.

Preßsch bei Merseburg,
 den 27. April 1849.

Ferdinand Winkler.

Bad Wittekind.

Morgen, Sonntag, Nachmittags Concert.
 Vereinigtes Musikchor.

Ich zeige hiermit ergebenst an, daß ich mich als Rechts-Anwalt bei dem Kreisgericht zu Sangerhausen und als Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Raumburg hier niedergelassen habe.

Artern, den 28. April 1849.

Der Rechts-Anwalt und Notar Romeiß.

Allen meinen geehrten Kunden erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich von der Leipziger Messe zurückgekehrt bin und empfehle zugleich mein neues Lager von fertigem Damenputz, weißen Stickereien, Spitzen und den neuesten Bändern.

Wettin, den 26. April 1849.

Pauline Werner.

Neßl. Apfelsinen und Citronen empfing F. Eppner.

Große Lüneburger Neunaugen empfing F. Eppner.

Ein gutes Pianoforte ist für 15 Rthl zu verkaufen an der Halle Nr. 808.

1800, 1000, 500 und 400 Rthl sind auszuleihen von dem Rechts-Anwalte Wilke.

Es wird ein Hülfslehrer für den Elementarunterricht in einer Volksschule gesucht; am liebsten ein solcher, der unter vortheilhaften Bedingungen hier Gelegenheit findet, sich zum Seminar vorzubereiten. Darauf Reflektirende mögen ihre Adressen unter Chiffre E. Z. in der Expedition des Couriers abgeben.

Eine Wirthschaftsmamsell, welche der Haushaltung, so wie der Küche vorstehen kann und mit guten Zeugnissen versehen ist, findet sofort eine Stelle im Gasthof zum Schwan in Delitzsch.

Anmeldungen werden möglichst persönlich gewünscht.

Delitzsch, den 26. April 1849.

August Schaaß, Gastwirth.

Constitutioneller Verein des Saalkreises.

Die in der gestrigen Nummer des Couriers angekündigte Sitzung des constitutionellen Vereins des Saalkreises in Weidensee findet wegen des Bußtages nicht statt.

Von jetzt ab alle Dienstag und Freitag Breihan bei Hermann Rauchfuß.

Bauholz

empfang eine Partie und empfiehlt zu sehr billigen Preisen

Theodor Schreiber in Wettin a/S.

Holz-Auction.

Nächsten Montag den 30. d. M. früh 10 Uhr soll eine Partie Brennholz und Abgänge von Baustämmen, zu kleinen Bauten passend, öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden bei Theodor Schreiber in Wettin a/S.

Wastviehverkauf.

Montag, den 7. Mai Mittags 11 Uhr, sollen 21 Stück Hammel und 15 Stück Schaaf, Körnermast, meistbietend verkauft werden.

Niederschmon, den 27. April 1849. Wilh. Aug. Stropß.

Ein Schmiedemeister, jetzt außer Thätigkeit, sucht baldmöglichst eine für ihn passende Stelle, am liebsten in einer Zuckerfabrik. Auf Verlangen stellt derselbe 1 - 200 Rthl Caution. Gefällige frankirte Adressen nimmt die Expedition des Couriers unter der Chiffre L. M. an.

Bade-Anzeige.

Daß vom 1. Mai ab Keils Bad für die Sommer-Saison wieder eröffnet ist, zeigt ergebenst an E. Wolff. Halle, im April 1849.

Ein gutes Billard nebst Zubehör ist zu verkaufen im Rathskeller zu Artern.

Ein Bursche kann sogleich in die Lehre treten bei dem Bäcker Eulenberg in Halle, große Ulrichsstraße Nr. 23.

Wastvieh-Verkauf.

Auf dem Rittergute Meineweh bei Raumburg stehen 6 Stück fette Ochsen, Boigtländer, und eine fette Kuh zu verkaufen.

Sonntag Concert in der Weintraube. Stadtmusikchor.

Gardinenhalter von Porzellan, gemalt und vergoldet, empfiehlt

M. G. Wiebecke

in der Brüderstraße.

Anzeige.

Eine complete Drehbank steht zu verkaufen in der Zuckersabrik zu Dstraub bei Stumsdorf.

Sonntag den 29. d. ladet zum Tanzvergnügen ergebenst ein

Weber in Brachwitz.

11,000, 4000, 3000, 1500, 800, 200, 100 Rthl sind gleich auszuleihen durch den Actuar Dancker, Schmeerstraße Nr. 480.

Sonntag den 29. April zum letzten Male Tanzvergnügen bei meinem Abgange, wozu ich Freunde und Gäste ergebenst einlade

Bernstein in Passendorf.

Eine junge fette Kuh steht zu verkaufen bei Aug. Schmidt in Hohnstedt.

Engl. Raygras- und feinen Raufengras-Saamen empfiehlt

E. G. Riesel.

Dietrich, Bandagist, Leipzigerstraße, empfiehlt Bandagen jeder Art.

Um Rückgabe seines Taschenmessers bittet

La Baume.

11. 1. 5. 13. 7. 11. 9. 13. 7. 18. 21. 5. 17. 19. 9. 11. 7. 5. 17.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Am 25. April ist unsere jüngste Tochter Agnes, zwei Jahr alt, nach einer kurzen, aber schweren Krankheit sanft entschlafen.

Dies zur Nachricht allen Verwandten und Freunden.

Löbnitz a. d. Elbe.

Der Kantor Köppler und Frau.

Todes-Anzeige.

Den am 26. April erfolgten Tod unsers Sohnes Otto in einem Alter von zwölf Wochen zeigen wir in Stelle besonderer Meldung unsern Verwandten und Freunden tief betrübt hierdurch an.

Otto Götschen, Professor der Rechte, Marie Götschen, geb. Schalburg.

Gebauerische Buchdruckerei.

Kammerverhandlungen.

Zweite Kammer.

Berlin, den 26. April.

Fortsetzung und Schluß der Debatte über den Belagerungs-
zustand Berlins.

Abgeordneter Keller: Bevor ich in die eigentliche Debatte eingehe, will ich einer Petition für den Belagerungszustand denken, die uns übergeben ist und worin dem Ministerium die Anerkennung ausgedrückt ist, daß es mit Hintansetzung eigener Interessen und großer Opfer durch den Belagerungszustand die Ordnung hergestellt. Schon früher habe ich eine ähnliche aus meinem eigenen Landkreise überreicht. Die Regierung ist aber nicht, wie der gestrige Redner sagt, müde geworden über freie Menschen zu herrschen. Es ist dies die Meinung sehr vieler im Lande, daß die Regierung allein müde geworden sei, die Herrschaft und die Ansprüche vieler im Lande, die doch wieder nur eine Minorität waren, zu dulden. Der Redner, der gestern zuletzt gesprochen, scheint nicht glücklich gewesen zu sein, als er die materiellen Interessen des Landes berührte, denn gerade diese waren durch die Zustände des vorigen Jahres am meisten gefährdet. Gestern hätte ich vieles geantwortet, doch will ich es heute unterlassen; ich will eben den Mitgliedern der linken Seite beweisen, daß es mein Bestreben ist, mich so wenig als möglich verlegend gegen sie zu äußern und daß die Leidenschaften aufzuregen durchaus nicht in meiner Absicht liegt. Meine Herren! Machen wir doch den Streit, in dem wir uns befinden, nicht größer als er ist, machen Sie doch die Differenz, die uns trennt, nicht noch schärfer.

Glauben Sie doch, daß auch wir auf dieser Seite durchaus keine Freude am Belagerungszustand haben, glauben Sie, daß auch wir den Belagerungszustand in keinem Zusammenhange und Verhältnis mit constitutionellen Formen finden. Auch uns schmerzte es tief, daß er verhängt werden mußte, wie es nicht minder dem Ministerium wehe that, diesen Schritt zu thun. Es handelt sich also nur um die Frage, warum er verhängt worden ist und warum er nicht von Allen, die ihn doch als eine Ausnahme anerkennen, verdammt wird. Ich knüpfte dabei an ein Wort das jüngst von einem Mitglied dieses Hauses (der Linken) gesprochen worden ist, an ein Wort, daß es nämlich nur zwei Regierungssysteme gäbe, nämlich den Absolutismus und die Demokratie. Dieser Grundsatz, den leider Viele annehmen, ist der Grund des tiefsten Irrthums und der verberlichsten Mißverständnisse.

Ich habe die Ueberzeugung, daß es eben so gut einen demokratischen Absolutismus giebt, wie einen monarchischen; ich habe aber das Bewußtsein, daß das einzige Mittel gegen die Tyrannei, von welcher Seite sie auch komme, eben in der Theilung, Trennung besteht, eben in der Vermittelung, die die Extreme abstumpft; das Gleichgewicht, welches zwischen den beiden Gewalten durch die Konstitution festgehalten wird gefährdet, sobald es eben von der einen oder der andern Seite, von monarchischer oder demokratischer Partei gestört wird. Diese Störung von demokratischer Seite in weitestem Sinne haben wir im vergangenen Sommer hier in Berlin erlebt und der Grund des Belagerungszustandes kann allein in dieser außerordentlichen und gefährlichen Störung gefunden werden. Ich will wahrhaftig keinen moralischen Vorwurf gegen die Anhänger des demokratischen Gedankens in diesem Hause oder außerhalb erheben.

Es wäre ein Wunder, wenn Preußen bei der großen Bewegung, die es wie ganz Europa ergriff, in der Mäßigung fortgegangen wäre, welche man verlangt und welche wünschenswerth wäre. An dergleichen Ueberreibungen im demokratischen Sinne hat es nicht gefehlt. Ich erinnere dabei an einzelne Ereignisse und Thatsachen, vor allem aber an die Anträge, welche in der Nationalversammlung gestellt waren, und in denen das einzige Bestreben herrschte, die königliche Regierung zu schwächen; die demokratischen Vertreter haben sich von jeher darum in der Nationalversammlung bemüht; warum sehnt man sich denn auf eine Vereinbarung zu kommen, wie sie im vorigen Jahre beliebt war, während man ja jetzt in der gebührenden Vereinbarung mit der zweiten Kammer und der Regierung sich befindet? Ich will es Ihnen sagen, man hatte sich gewöhnt, die Vereinbarung so aufzufassen, daß die Kammer so sagt, und die Regierung so muß. Die Bewegung der rohen Massen, die Tumulte der Bevölkerung, die Excesse haben auch nicht den Widerspruch in der Nationalversammlung gefunden, den sie finden sollten, und Weides, diese Richtung der Versammlung gegen die Regierung und die Nachsicht gegen die Excesse haben die Verfassung der constitutionellen Verfassung durch den Belagerungszustand mehr vorbereitet und haben der constitutionellen Freiheit mehr Herzen entzogen, als dies in zehn Jahren des Absolutismus möglich gewesen wäre. Man kann eben so nicht leugnen, daß in den Wehrmännern guter Wille sich häufig offenbarte, aber eine gute, tüchtige und solide Macht gegen die Unruhe und Anarchie bildeten sie nicht. Vielmehr haben die Vertreter des Landes die Bürgerwehr als einen organisirten Widerstand gegen die Regierung angesehen. Wir mußten erleben, daß, als ein Minister gewisse Maßregeln für die Ruhe verordnete, der Bürgerwehrkommandant Gegenbefehle erließ.

Es war die Bürgerwehr nichts als ein Organ des kapitulirenden Absolutismus mit der kapitulirenden Revolution; während sie die moralische Verantwortlichkeit der Regierung schützen sollte, durfte sie nicht mit physischem Widerstande dieselbe erschweren. Meine Herren, vielfach hat man lokale Uebelstände als den Grund für die Unruhen vorgefunden, allein es ist irthümlich, was in Berlin sich ereignet, tönt überall wieder, was in Berlin geschieht, ist Norm für viele Theile des Landes. Ich lege keinen Werth auf die Deductionen aus dem Gesetze für die Rechtmäßigkeit des Belagerungszustandes. Ich gebe es zu, man befand sich in einem Uebergange vom absoluten zum constitutionellen Verhältnisse und es bedurfte außerordentlicher Mittel.

Erlauben Sie mir noch ein Wort über das Bestehen des Belagerungszustandes. Was vom Wiederaufleben des Verkehrs zu sehen ist, das hat der Belagerungszustand gethan. Wenn man gesagt hat, Berlin verdiene den Zustand nicht, so giebt es viele Klassen der Bevölkerung, die sagen: Jetzt ist es wieder schön (Große Heiterkeit), jetzt ist es wieder, wie unter dem seligen Könige. Solche Aeußerungen haben mich in der Seele betrübt. (Ah!) Andere haben sich geäußert, wie diese linke Seite des Hauses. Außerdem giebt es aber noch viele, die sagen, wir sind recht froh, daß das Gewerbe wieder blüht, daß es einem honetten Menschen wieder möglich ist, über die Straße zu gehen. (Gelächter.) Wir streiten uns Alle, in welcher Absicht die Regierung ihre Maßregeln getroffen hat. Wenn die erste Seite Recht hätte, dann hätte das Ministerium eine Verfassung oktroyiren müssen, ungefähr so: §. 1. Februar und März wird für ungeschehen erklärt. §. 2. Es wird Alles beim Alten bleiben. Das Ministerium hat uns davon benachrichtigt, daß viele Berathungen über die Aufhebung des Belagerungszustandes stattgefunden haben, und daß nur die Erwägung, einen Konflikt zu vermeiden, es gegen die Aufhebung gestimmt habe. Erklären wir nun auch, daß wir solchen Konflikt nicht mögen und fassen wir lieber mit großer Reue einen Beschluß, der diese unsere Gesinnung ausdrückt, daß zuerst die öffentlichen Versammlungen verboten werden, ehe wir mit kleiner Majorität ein anderes Amendement annehmen. Ich glaube, daß unser wichtiges Interesse es erfordert, diejenigen Punkte aufzufinden, in denen wir uns vereinigen können, und von anderen Dingen, meinerwegen von großen Leidenschaften, absehen. Ich kann nicht glauben, daß eine Regierung durch den Belagerungszustand den Despotismus constituiren will und dennoch eine Verfassung oktroyirt, welche ihr die Aufrechterhaltung desselben unmöglich macht. Dem Antrage der Kommission könne ich schon aus formellen Gründen nicht beitreten, denn es ist eine durchaus unconstitutionelle Art, die Regierung um Etwas zu bitten, oder zu Etwas aufzufordern, da die Kammer in dem einen Falle sich zu niedrig, in dem andern sich zu hoch stellt. Was das Materielle betrifft, so ist darüber schwer ein Urtheil zu fällen, da ich aber das Vertrauen zur Regierung habe, daß sie die Verhältnisse besser übersehen kann, so möchte ich mich gegen die Aufhebung erklären. In diesem Sinne möchte ich Sie auf das Amendement aufmerksam machen, das den Namen Abenshoven trägt. (Ah! Ah!) Um dies Amendement nicht unkräftig zu machen, werden wir heute noch einen derartigen dringlichen Gesetzentwurf vorlegen.

Abg. Jacobi: Die Gesetzmäßigkeit des Belagerungszustandes ist im Referate so genügend beleuchtet worden, daß ich nicht auf dieselbe einzugehen brauche. Der Herr Justizminister hat gestern das Unmögliche versucht, einen Staatsstreich aus dem positiven Recht zu begründen; derselbe ist jedoch von dem geistlichen Mitgliede aus Bitterfeld zur Genüge widerlegt worden, auch hat sich die Kommission einstimmig dahin erklärt, daß das Ministerium allerdings die bestehenden Gesetze überschritten und die Verfassung dadurch verletzt habe, daß es den Belagerungszustand ohne Einwilligung der Kammern noch jetzt bestehen lasse. Die Kommission hat sich daher die Frage vorgelegt, ob die Ereignisse des Novembers zu solchen ungewöhnlichen Maßregeln genöthigt oder nur dieselben entschuldigt haben?

Wenn es sich um eine Anklage des Ministeriums handelte, dann müßte diese Frage sorgfältig geprüft werden, da es sich aber um einen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes handelt, kann ich füglich über die Ereignisse des vorigen Jahres hinweggehen. Nur eine Thatsache möchte ich anführen, die wenig bekannt ist, die aber doch der Geschichte nicht vorzuenthalten werden darf. Kurze Zeit nach dem Abschluß des Malmedy Waffenstillstandes nämlich wurde dem Ministerium Hansemann-Auerswald von Seiten der Krone das Ansuchen gestellt, gegen die Nationalversammlung in der Art vorzusukreiten, daß die Auflösung derselben erfolgen müßte. Dies wurde in einigen Ministerconferenzen zu Bellevue in den ersten Tagen des September verhandelt. Hiernach ist es augenfällig, daß nicht die Ereignisse vom October und November den Belagerungszustand zur Folge gehabt, sondern daß die Entschliesung dazu schon früher gefaßt wurde. Es ist also vollkommen richtig, was schon geäußert worden ist, daß der Belagerungszustand nicht die Folge des Konflikts gewesen ist, sondern daß er im Gegentheile die Ursache zu demselben sein sollte. Ist nun aber, abgesehen hiervon, die Beibehaltung des Belagerungszustandes zur Zeit noch nöthig? Das Ministerium hat mit Ja geantwortet. Es liegt ihm natürlich ob, den Be-

weis dieser Nothwendigkeit zu führen. Wie hat es denselben aber geführt? Die Denkschrift, die in Ihrer Aller Händen sich befindet, enthält nicht mehr als einen Grund und einen ganz unhaltbaren. Sie sagt ungefähr, „daß Thatsachen darauf hindrücken, daß eine Verschwörung gegen das Bestehende existire, und daß die Führer derselben nur die Aufhebung des Belagerungszustandes erwarten, um aufs Neue ihre, wie es lautet, unheilvolle Thätigkeit zu beginnen.“

Der Herr Minister des Innern hat uns hierzu gestern noch mehrere Mittheilungen gemacht. Diese bestehen in Folgendem: 1) Ein Brief von Dornier aus Nordamerika vom 26. Februar vorigen Jahres. (Heiterkeit.) 2) Eine Aufforderung einiger Deutschen aus Nordamerika. 3) Eine Schilderung des Demokratencongresses. 4) Des Märzvereins zu Frankfurt. 5) Ein am 18. März gelungenes Lied. (Große Heiterkeit.) 6) Der Fund von 7 Handgranaten und von einer Kiste, deren Inhalt nicht angegeben ist. 7) Endlich eine Petition um Einführung des Einkammersystems etc. Der Herr Minister hat der Central-Commission den Vorwurf gemacht, daß sie die Mittheilung des Regierungscommissarius zurückgewiesen habe, ich glaube, jene seine Enthüllungen sind die beste Vertheidigung der Commission. (Beifall.)

Andere Mittheilungen sind uns nicht gemacht worden. Liegen etwa noch andere vor, die für die Oeffentlichkeit nicht reif sind? Der Herr Minister verlangt, daß wir ihm glauben sollen. Unsere Zeit ist aber dem blinden Glauben eben so wenig geneigt, als dem blinden Gehorsam. Wenn wir jedoch auch zugeben, daß sämtliche Anführungen gegründet sind, so fragt es sich doch: Sind diese Thatsachen so erheblich, daß die Hauptstadt in der Geseflosigkeit erhalten werde, daß sie in der Willkürherrschaft eines Mannes verbleibe, der sich, so achtungswerth er auch sein mag, doch für die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten völlig unfähig gezeigt hat? (Lebhaftes Bravo zur Linken. Zwischen rechts.) Wer sollte in Betreff der Thatsache einem Ministerium vertrauen, dessen Existenz an dem Belagerungszustand hängt, das mit dem Belagerungszustand steht und fällt? Solch Vertrauensvotum — und ein solches ist es — können wir diesem Ministerium nie und nimmer geben. (Bravo links.)

Es ist noch eins zu erwägen: der Commissions-Antrag verlangt eine Aufforderung an das Ministerium, und es fragt sich, ob Erfolg davon zu erwarten ist? Die Erfahrungen der letzten Tage, zumal in der deutschen Frage, und die gestrige Rede des Ministers haben es zu sehr gezeigt, wie wenig Achtung das Ministerium vor der Volksvertretung hat, wie sehr es sich in der Lage fühlt, dem Volkswillen zu trotzen. Dennoch wird die Annahme des Antrags nicht ohne Nutzen sein; denn wir sind verpflichtet, dem preussischen Volke durch neue Thatsachen die Augen zu öffnen über die traurige Stellung seiner Vertreter und über das unconstitutionelle Treiben des Ministeriums. Mag die Stirn dieser Männer noch so fest sein, sie müssen doch zuletzt dem allgemeinen Unwillen weichen. (Lebhaftes Bravo der Linken.)

Abg. v. Griefheim (gegen den Antrag): Es ist gesagt worden, es sei nicht die allgeringste Ursache zur Verhängung des Belagerungszustandes gewesen, dieselbe habe nur die Auflösung der National-Versammlung und die Detronirung der Verfassung durchsetzen sollen. Ich will auf das historische Factum, welches der Redner vorgebracht, nicht eingehen, zumal da ich daran zweifle, ob derselbe damals im Rathe des Königs gelesen, oder das Vertrauen des Königs gehabt (Heiterkeit), aber ich habe den Ereignissen ziemlich nahe gestanden, so daß ich einen guten Ueberblick über die Verhältnisse zu haben glaube.

Nach den Ereignissen vom 31. Oct. nun, wo man beschloß den Wintern zu Hülfe zu kommen — von hier aus . . . (Gelächter rechts) trat plötzlich Ruhe in der Stadt ein, die um so bedrohlicher war, da sie zeigte, daß die Bewegungen der Massen geregelt wurden, und in Beziehung mit den Beschlüssen standen, die in der National-Versammlung gefaßt werden sollten. Am 10. November rückten die Truppen ein. Das Ministerium der bewaffneten Reaction hat sich dazu früher nicht entschließen können; diesem Ministerium hat man darüber keinen Vorwurf gemacht. Es ist hier gesagt worden, die Truppen sind hier mit Freuden empfangen worden. Dies ist nur halbwahr. Denn der Theil des Volkes, der die Anarchie weiter fortsetzen wollte, hat Personen gemißhandelt, welche die Truppen begrüßten, so ist ein Offizier nur mit Mühe dem Tode entgangen.

Am 11. November folgte nun die nothwendige Auflösung der Bürgerwehr. Die Waffen sollten abgeliefert werden, es wurden aber nur 800 ausgeliefert; es wurde gewaltsam die Abnahme der Waffen verhindert und Waffen verborgen. Außerdem häuften sich Anzeigen von Versammlungen, die in der Bürgerwehr stattfanden. Das Gerücht von der nächsten Versammlung im Hôtel de Bavière gelangte schon am Vormittag des 12. November an die Regierung und man mußte annehmen, wenn es auch hochgestellten politischen Personen nicht gelungen war, die Bürgerwehr zu aktivem Widerstand zu bewegen, dies doch später gelingen möchte. Es war höchst nothwendig, schnellig etwas zu thun.

Es waren 30,000 Mann bewaffneter Bürgerwehr vorhanden, die sich schon entschieden feindlich der Regierung entgegengestellt hatte. Außerdem befanden sich 25,000 Soldaten in der Stadt, im Gefühl einer Schmach,

die seit 7 Monate auf ihnen lastete, die sie abwaschen wollten mit Blut. Es war also sehr zu befürchten, daß es im Fall eines Conflictes nicht bei kleinen Kämpfen bleiben würde. Die Regierung hatte daher die Wahl, entweder diesen blutigen Zusammenstoß abzuwarten oder ihm zuvorzukommen durch Verhängung des Belagerungszustandes. Dies ist ihr gelungen, und deshalb scheint sie um so heftiger angegriffen zu werden. Dies sind die Gründe, welche den Belagerungszustand nöthig machten.

Es ist nun gesagt worden, die geistigen und materiellen Interessen erfordern die Aufhebung des Belagerungszustandes. Was die geistigen Interessen betrifft, so sind meines Wissens nach nur solche Produkte verboten worden, die zu erzeugen Berlin nicht zur Ehre gereichte und ich glaube, ein Blatt, das in seinen Spalten die Erklärung aufnahm, daß bei Leipzig und Waterloo die Zummeln liegen . . . (Unterbrechung zur Rechten: Psi!) ein solches Blatt dürfte ausreichen zu ihrer Schande vor ganz Europa. Was nun die materiellen Interessen betrifft, so möchte ich Ihnen einige Notizen angeben. Durch die Revolution stiegen die unvermieteten Wohnungen in Berlin von 1219 auf 4529; durch den Belagerungszustand wurde sie um 500 vermindert. Seit der Revolution wurden 400,000 Thaler aus der Sparkasse mehr entnommen als ausgezahlt und die Miethsteuer-Kasse wuchsen auf das Sechsfache.

Mit dem Tage des Eintritts des Belagerungszustandes war mit Zauberschlag Alles verändert. (Große Heiterkeit.) Seit dem 1. December überstiegen die Einzahlungen schon die Auszahlungen und die Miethsteuerreste sanken am 1. Januar auf 600 Tht. Viele Handwerker konnten ihre Gesellen vermehren und wenn man die Berliner Mann für Mann abstimmen ließe, so glaube ich, wird sich die Majorität anders aussprechen, als diese Versammlung. (Bravo zur Rechten.)

Ich habe auch Petitionen eingereicht, und zwar 241 Petitionen, unter denen 41,000 Unterschriften stehen. Ich selbst zwar habe vom militärischen Standpunkte aus nichts gegen den Belagerungszustand und kein Interesse, ihn verlängern zu wollen. Ich habe von dieser Rücksicht auf die Meinung gehabt, er sei schon früher aufzuheben. Denn ich wenigstens wünsche nicht, daß das Militair die Stelle der Polizei annehme; ich halte das für ein Unglück. Auch ich bin gewiß der Ueberzeugung, daß die Mittel des Ministeriums ausreichen, eine jede Störung des Friedens und der Ruhe zu verhindern, allein ich bedauere die Opfer, die Unglücklichen, die umkommen werden in dem Kampf, der entstehen wird, wenn die Schranken alle, welche seit 4 oder 5 Monaten bestehen, plötzlich fallen werden. Das Volk läßt sich einmal leicht erziehen, das wissen Sie (zur Linken) besser als ich; aber ich will Sie dabei erinnern, daß die Reden, welche am 17. und 18. Sept. auf der Pfingstweide gehalten worden sind, die Seenen hervorgerufen haben, die edle Männer dem Meuchelmorde, viele Andere dem Tode im Kampfe opferten.

Es sollen daher nicht alle Schranken fallen dürfen, wenigstens nicht plötzlich, sondern allmählich; nur die bleibe stehen, die am meisten schützt, daher muß ich mich für das Amendement Aldenhoven erklären.

Abg. Graf Arnim: Bald nach dem Anfange der Verhandlungen in dieser Kammer erklärte der Antragsteller, daß er mit den andern Abgeordneten Berlins im Namen Berlins die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangte. An denselben Tage aber waren die Vertreter der Stadt Berlin, 102 an der Zahl, versammelt und haben sich nach langem Debattiren entschieden, die Sache auf sich beruhen zu lassen, weil die Kammer sich damit beschäftigen sollte.

Es sind 6 Wochen seitdem vergangen, aber keine erneuerte Petition ist eingegangen; es scheint daher, man kann es nicht verfehlen, den Vertretern der Stadt Berlin nicht viel daran gelegen gewesen zu sein; denn wenn es eine Steuer betroffen hätte, die man auf Berlin gelegt hätte, so würden sie wohl wiederum petitionirt und nicht bis auf die Entscheidung der Kammer gewartet haben; ich kann also nicht sagen, daß Berlin so eifrig sich nach Aufhebung des Belagerungszustandes sehne. Ich will nicht untersuchen, in wiefern jene Abgeordneten Berlin vertreten, denn das ist gewiß, die materiellen Interessen sind es nicht, welche von ihnen vertheidigt werden; ich will aber zu ihrer Ehre glauben, daß sie die politische Ehre der Stadt zu vertreten glauben; und wahrlich, wäre der Belagerungszustand gegen die Ehre der Stadt, — ein Zustand, die Ehre beleidigt, wäre unerträglich. Ist wirklich aber die Ehre gefährdet, ist das der Fall? Ich glaube es nicht. Einer der Antragsteller hat von Rechten gesprochen, die den Einwohnern genommen sind, und deren Verlust allerdings nicht angenehm ist. Er hat von dem Rechtsverlust des Gehens und Sprechens gesprochen. Leider sind aber damals noch andere Rechte, die wichtiger sind, vor dem Belagerungszustand verloren gegangen; es sind das die Rechte, für das Gute im Sinne der Wahrheit und des Rechtes zu wirken. Diese Rechte kann aber der Mensch nur üben, wenn er gesund ist. Ist das Land gesund gewesen im vergangenen Jahre, als man zu den außerordentlichen Maßregeln schritt? Ich glaube es nicht. Ich glaube, der Staat war todkrank. Für die freilich, welche in jenem Zustande vor dem November nur ein Aufsprigen der Welschen anerkennen, habe ich keine Argumente. Zum Glück aber ist die Zahl derer noch gering. Aber der Staat ist noch krank. Wer das nicht glaubt,

Neueste Nachrichten.

Halle, d. 27. April. Brieflichen Nachrichten zufolge ist heute die zweite Kammer in Berlin aufgelöst und die erste verlagert worden.

Deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt, den 24. April.

Die Sitzung wird um 9¹/₂ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Reichsministerpräsident v. Gagern, Justizminister v. Mohl, die Unterstaatssecretäre Bassermann und Fallati. Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat der Vorsitzende folgende Zuschrift des Präsidenten der württembergischen Kammer erhalten:

„Hohes Präsidium!

Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen:

In Erwägung, daß die k. Staatsregierung das Zurechtbestehen der deutschen Reichsverfassung bis jetzt noch nicht anerkannt hat, in Uebereinstimmung mit den von der Kammer früher gefaßten Beschlüssen, ihre Ueberzeugung dahin auszusprechen:

1) daß die von der deutschen Nationalversammlung verkündigte deutsche Reichsverfassung in Württemberg als Gesetz bestehe; (Bravo.)

2) daß jeder württembergische Staatsbürger, gleichviel ob er dem Civil- oder Militärstande angehöre, zur Befolgung und zum Schutze dieser Reichsverfassung ebenso wie der württemberg. Landesverfassung verpflichtet ist; (Bravo.)

3) daß jeder Angriff auf dieselbe ein Verbrechen sei, und daß deshalb weder Civil- noch Militärbeamte verpflichtet seien, einem Befehle Folge zu geben, bei dessen Ausführung sie sich an diesem Verbrechen theiligen würden. (Bravo.)

Erhaltenem Auftrage gemäß beehrt sich der Unterzeichnete, an ein hohes Präsidium die Bitte zu richten, von vorstehender Beschlusnahme die Nationalversammlung gefälligst in Kenntniß setzen zu wollen, indem er damit in weiterem besondern Auftrage die Kammer der Abgeordneten die Erklärung: daß die Kammer der Abgeordneten die deutsche Reichsverfassung, so wie sie von der Nationalversammlung endgiltig abgeschlossen und verkündet ist, als Gesetz anerkenne, und zugleich die vertrauensvolle Erwartung verbindet, daß die Nationalversammlung an der beschlossenen Verfassung unverbrüchlich festhalte. (Großer Beifall.)

Stuttgart, 22. April 1849.

Berehrungsvoll u.

Der Präsident der württemb. Kammer der Abgeordneten:

Murschel.

Wolff.

In Beziehung auf diese Zuschrift stellen die Abg. Wischer aus Tübingen und Feger folgenden Dringlichkeitsantrag:

„1) Die Nationalversammlung beschließe sofort: Die württembergische Kammer der Abgeordneten, insbesondere durch ihren Beschluß vom 22. April, so wie das württembergische Volk überhaupt, entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der deutschen Nation.

2) Die Nationalversammlung setze von dieser Erklärung durch Vermittlung des Präsidiums genannter Kammer der Abgeordneten diese selbst so wie das württembergische Volk überhaupt in Kenntniß.“

Die Dringlichkeit wird einstimmig anerkannt. (Beifall.) Der Antrag wird hierauf ohne Discussion zur Abstimmung gebracht und fast einstimmig angenommen. (Beifall.)

Der Vorsitzende verkündet den Uebergang zur Tagesordnung. Zuerst erhält das Wort Abg. Bogt: Sie haben es alle eingesehen, daß die Zeit es verlangt, einstimmige Beschlüsse zu fassen, damit sie ihre Wirkung auf das Volk nicht verfehlen. Ich will versuchen, den Standpunkt unserer Partei zu schildern. Wir haben Meinungsgegenossen verlassen, um die Verfassung durchzusetzen; ist sie durchgesetzt, dann werden wir consequent dieselbe Richtung verfolgen wie früher. Die Beschlüsse der Majorität aber werden wir immer als den Ausdruck der Souveränität der Nation betrachten, ihre Durchführung unbedingt verlangen und alle Renitenten mit bekämpfen. Der Redner führt den Beweis, daß dieses Streben stets dasjenige seiner Partei gewesen, und wünscht nur, daß die übrigen Parteien sich eher angeschlossen hätten. Wir erachten mit dieser Verfassung nicht die Entwicklung des Volkes abgeschlossen zu haben. Sie ist die erste Sprosse zur Entwicklung. Wir werden vielmehr die Opposition bleiben

braucht nur den Verhandlungen unserer Kammern beizuwohnen, die Meinungen zu hören, die hier ausgesprochen werden, die Grundsätze zu hören, die hier gepredigt sind. Meine Herren! sobald keine entschiedene Majorität in der Kammer vorhanden ist, sobald ist der Staat frank. Was soll man nun aber thun, um die Gesundheit herzustellen? Sind die Gesetze denn nicht dazu, sich selbst zu erhalten? Freilich hat man auch diese Selbsterhaltung bedingt. Man hat gesagt, es handle sich nicht sowohl um Erhaltung, als um würdige Selbsterhaltung, und ich stimme dem bei, aber freilich, wenn es sich um ein Joch handelt, das mit schwerem Gewicht auf uns lastet. Befanden wir uns denn unter einem solchen Joch? Ich acceptire dies in gewisser Beziehung. Es lag allerdings auf unserm Nacken ein Joch, das die edeln Kräfte des Landes fesselte und drückte und von dem befreit zu sein die Würde des Landes verlangte. Die Redner kommen freilich nicht gern auf die politische Vergangenheit vor dem Belagerungszustand zurück, sie behandeln dieselbe, wie wir sehen, mit großer Zurückhaltung.

Ich schließe mich denen an, welche einen Belagerungszustand aufgehoben haben wollen, welche es nicht angemessen finden, daß ein Militärbefehlshaber regiert; aber so lange es nothwendig ist, so lange diejenige Sicherheit nicht da ist, die durch die Feststellung der Verfassung wünschenswerth ist, so lange sind Beschränkungen nothwendig, so lange sind Ausnahmegesetze erforderlich, und so lange wird man befugt sein, sie aufrecht zu halten. Dann wird es sich zeigen, ob die beschlossenen Gesetze über das Placet- und Versammlungsrecht hinreichen, für die Regelung der Volksgesetzgebung; ich will es wünschen, wenn ich es auch kann, hoffen. Die Regierung kann und braucht sich nicht auf einzelne Gesetze und Vorschriften zu berufen; sie beruft sich auf das ewige Gesetz der Nothwendigkeit und der Selbsterhaltung.

Nach diesem Princip kann ich also weder den Commissionsantrag noch das Amendement von Unruh billigen; das Ministerium war befugt, seine Schritte zu thun. Wenn von einem Gebäude ein Theil baufällig geworden, so muß man es mit einem Pfeiler stützen, ohne Rücksicht auf bauliche Schönheit, es bedarf keiner rechtlichen Berathung, ob es der Stütze bedarf.

Das Ministerium hat aber auch Recht, wenn es glaubt, von den Kammern nicht aufgefordert werden zu dürfen. Berufte sich dabei der Abg. von Berlin aus Königsberg (Jacobi) auf einen Fall des Monats September, aus dem er schließen wollte, daß der Belagerungszustand lange meditari war; aber der September war es, in dem von der Nationalversammlung auch eine Aufforderung beraten wurde, die an das Heer; es war dies der erste Schritt zum Convent. Wenn ich das Amendement Aldenhoven annehmen möchte, so werden es meine Committenten nicht mißbilligen, aber diese haben ein gleiches Recht, wie die Herren von der Linken; aber immer werde ich mich der Majorität anschließen und annehmen, was sie beschließt; ich werde niemals wie der Abgeordnete von Berlin auf meine Meinung einen solchen Werth legen, um sie gegen alle Majorität festzuhalten.

Der Schluß wird beantragt und angenommen.

Darauf trugen Schramm, v. Ester, Wollheim, Kinkel, Jung, Reuter, Berends, Wesendonck, Dierschke und Merckell, lauter Linke von der Nothen, Persönlichkeiten vor. In der Abstimmung wurden alle Anträge verworfen, nur folgender Antrag wurde angenommen:

„Die Kammer möge beschließen, zu erklären:

- a) daß die Fortdauer des Belagerungszustandes ohne Zustimmung der Kammern ungesetzlich ist,
- b) daß sie die Zustimmung zur Fortdauer desselben nicht erteilt.“

Die namentliche Abstimmung wird genügend unterstützt und vorgenommen. Sie ergiebt: Mit Ja stimmen 184, mit Nein 139, gefehlt haben 13 Stimmen. Der erste Theil ist also angenommen.

Ueber den zweiten Theil des Amendements,

die Kammer möge beschließen:

- 2) das Ministerium aufzufordern, den seit dem 12. November v. J. über Berlin und dessen zweimeiligen Umkreis verhängten Belagerungszustand sofort aufzuheben.“

findet ebenfalls namentliche Abstimmung statt.

Mit Ja stimmen 177; Nein 153; ohne Grund fehlen 7.

Der zweite Satz des v. Unruh'schen Amendements ist so nach ebenfalls angenommen.

und consequent bis zur Erreichung der republikanischen Spitze. (Bravo links.) Wir sind constituirte und ich glaube, wir hatten das Recht, Veränderungen vorzunehmen; allein wir müssen bei ihr beharren, weil der geringste Eingriff in dieselbe das ganze Werk gefährden würde. Wir wollen die Verfassung, nicht weil, sondern obgleich sie den Erbthron enthält. Allein durchgeführte müssen die Beschlüsse werden mit aller Kraft. Maßregeln müssen ergriffen werden. Bloße Beschlüsse haben dem Völkern Oesterreichs ihre Freiheit nicht gerettet, haben das Ministerium Brandenburg, welches Ihnen, meine Herren (sich rechts wendend), ein Pfahl im Fleische ist, nicht entfernt. Maßregeln, energische Maßregeln. Da reicht es nicht hin, wie die „Deutsche Zeitung“ tagtäglich ihren Kindern in die Ohren zu rufen: die Verfassung, die Verfassung, die Verfassung. (Heiterkeit.) Damit wird so wenig gerichtet, wie in der Schlafhaube. Es ist ein bedeutungsvolles Zeichen, daß die 27 kleinsten Fürsten sich für die unbedingte Annahme der Verfassung erklärten, daß der 28. größere eine Klausel daran setzt, daß der neunundzwanzigste noch größere schon eine Bedingung daran setzt. Je größer die Macht, desto größer das Widerstreben. Die Fürsten fürchten durch die Strömung der öffentlichen Meinung fortgespült zu werden, deswegen wollen sie sich nicht der Verfassung anschließen. An uns ist es daher, die Strömung zu fördern und dafür zu sorgen, daß sie nicht im Sande versinke. Der Redner wendet seine Blicke nach Württemberg; er erwähnt des Vorganges, daß Reichstruppen ohne Befehl des Reichsministeriums aus Baden zurückgezogen worden. Der Reichskriegsminister hat eine Anfrage gestellt, warum dies geschehen. Er hätte aber auch sagen sollen, ob er Befehl gegeben habe, den Marsch zu sistiren, daß er bereit sei, denjenigen, der es verschuldet, und sei es ein Prinz, zur Strafe dafür zu ziehen. (Bravo.) Die andern Vorgänge mit dem Könige sind bekannt. Ich erlaube mir nur einen Punkt aus der Zuschrift des Königs zu erwähnen, wo er sich für die ganze Verfassung, allein gegen eine Unterordnung unter Hohenzollern erklärt. Und das thut ein Fürst, welcher einem Kinde der Volksfourenant, einem Napoleon, die Krone verdankt. (Bravo.) Die Anerkennung der Verfassung wurde in einer Erklärung als von der Uebereinstimmung der deutschen Regierungen abhängig gemacht. Wer sind diese Regierungen? Soll mit ihnen der Ausdruck des Willens der Völker gemeint sein? Wir müssen das bezweifeln. In Sachsen hat sich die Mehrheit des Volkes für die Anerkennung entschieden. Die Regierung aber beachtet dies nicht. Sehen wir auf Hannover. Und dann erst Baiern. Die Majorität der Kammer verlangt zusammenberufen zu werden, um sich über die Verfassungsfrage auszusprechen. Was thut man dort? Man beruft einen Minister, der in Sachsen abtreten mußte, weil er die Grundrechte nicht anerkennen wollte. Man beruft die Kammer nicht, weil man weiß, daß sie sich unbedingt für die Anerkennung der Verfassung aussprechen würde. — Wer ist es, der gegen die deutsche Einigung opponirt? Wir sagten immer, es seien die Fürsten. Man wollte wissen, es seien auch die Stämme. Haben diese sich nicht überall zu Gunsten der Verfassung ausgesprochen? Wir solchen Fürsten werden wir nie einen Bundesstaat bekommen. Wo ist das constitutionelle System geachtet, wo ist die Regierung der Majoritäten. Zwingt man nicht das Volk, zu revolutioniren? Das deutsche Volk wird sich allmählig überzeugen, daß die gerühmten Blüten des Constitutionalismus mit seinen Kammerauflösungen, Verzögerungen u. dgl. nichts taugen, und es wird sie zuletzt abstreifen. Die Antwort auf den Kierulff-Weißschen Antrag ist doch die Erklärung des Ministeriums Brandenburg. Man wird die Kammer in Berlin nicht auflösen, die Minister, die treuen Diener ihres Herrn, werden Minister bleiben, so lange sie sich der Zufriedenheit ihres Herrn erfreuen. Man wird die Kammern sprechen lassen, und fortregieren, indem man sich auf die Bajonnette stützt. Das Gespenst, welches uns vergangenes Jahr in Schleswig-Holstein mit Schmach bedeckte, spukt schon wieder dafelbst. Herr v. Wildenbruch soll sich wieder dafelbst befinden, der sich dahin geäußert, der König kämpfe für den Herzog-König. Für solche diplomatische Kunstgriffe brauche man kein theures Blutvergießen. In Berlin herrscht kein Fratz für die deutsche Sache, keine deutsche Treue, sonst hätte man sich in der deutschen Frage anders benommen und läugelte nicht nebenbei mit unsern Feinden. Die Erwägung der Zeitumstände, wann zu handeln ist, steht einem jeden an, allein man kann kein Fabius Cunctator sein, ohne ein wohlorganisirtes, nicht zu corrumptirendes Heer hinter sich zu haben. Sie, meine Herren, sind die Führer, Sie müssen dem Volke, Ihren Soldaten die Richtung angeben, welche sie zu verfolgen haben; der Generalstab muß handeln und darf die Hände nicht in den Schoß legen, nicht wollen, daß das Volk unterdessen handle, während er ruhe. Der Redner kommt zuletzt auf die Centralgewalt zu sprechen. Sie könne nicht fortbestehen, wenn sie die österreichischen Instructionen beachte. Diese müsse eine deutsche und keine österreichische sein, der Reichsverweiser ein Deutscher und kein Habsburger. Greifen wir thatsächlich in die Bewegung ein, meine Herren, thun wir dies nicht, so überlassen Sie die Durchführung unserer Verfassung den Kämpfern auf den Pustken Ungarns, dann jagen Sie aber auch, Sie hätten nichts getan. (Großer Beifall.)

Abg. Plathner: Wir werden den Rechtsboden nicht verlassen. Die

Frage ist noch immer, hat der König von Preußen abgelehnt oder nicht? Herr Hecker behauptet es, ich nicht. Gesteht doch Herr Simon aus Erier in der Motivirung seines Minoritätsrathens dasselbe zu. Gewiß ist, daß der König von Preußen nicht angenommen, allein abgelehnt hat er auch nicht. Wir wissen bloß die Thatsache, daß das Ministerium Brandenburg dem König gerathen hat, die Krone nicht anzunehmen. Die Hoffnung haben wir noch alle, daß andere Männer, welche besser wissen was Deutschland, was Preußen Noth thut, an das Ruder kommen. Wir Abgeordneten aus Preußen fühlen am schmerzlichsten das Mißverhältnis in Berlin. Wir lassen uns auf keine Veränderung der Verfassung ein. Wir werden nicht zugeben, daß Preußen gegenüber der Verfassung eine Rolle spiele, welche zu seinem Verderben, wie zu dem jeder andern Regierung ausfallen müßte, welche sie zu spielen übernehme. Ist es der Wille der Nation, die Verfassung durchzuführen, so wird es geschehen. Dazu brauche es aber keines Parlamentsheeres, wie es die Minorität wolle. Was sollte eine Proclamation nützen. Ich kenne nur ein Mittel, welches sicherer und nachhaltiger wirken wird, als die von Herrn Vogt vorgeschlagenen. Dieses Mittel ist das Vertrauen auf den Willen und den Geist der Nation, ist jenes passive Verhalten, zu welchem die „Oberpostamtsetzung“ rath. Kommt die Verfassung nicht durch das zu Stande, sondern durch eine neue Erhebung der Nation, dann können wir mit gutem Gewissen von hier scheiden. (Bravo!)

Abg. Wichmann erklärt sich für den Raveaux'schen Antrag unter der Bedingung, daß er die dem Reichsoberhaupt übertragenen Befugnisse der provisorischen Centralgewalt übertrage.

Abg. Franke zeigt, daß das Oberhaupt möglich wäre, wenn die schlechten Rathgeber nicht wären. Er charakterisirt das Ministerium Brandenburg, wirft ihm Schlafheit und undeutliche Gesinnung vor und führt Daten an, welche seine Bormärkte bewahrheiten sollen. Er erwähnt des bekannten Ultimatus Dänemarks, worin die Intoleranz des dänischen Cabinets so weit gegangen sei, die Trennung Schleswigs von Holstein zu verlangen, dann Schleswig durch 4000 Mann Dänen besetzen zu lassen und im Vereine mit deutschen Truppen die schleswig-holsteinischen Rebellen zu bekämpfen. Diese Vorschläge habe der preussische Minister v. Arnim als annehmbar erklärt, die Wegnahme deutscher Schiffe durch die Dänen habe ihren Grund in einer unrichtigen Bekanntschaft des preussischen Ministeriums im Namen der Centralgewalt über die Dauer des Waffenstillstandes. Er erklärt sich für den Majoritätsantrag. In der Ruhe und Würde der Versammlung liegt ihre Kraft. Wir wollen nicht donnern, wenn wir keine Blitze haben. (Bravo.)

Ein zweiter Antrag auf Schluß der Debatte wird gleichfalls abgelehnt. Abg. Kappert reicht einen Zusatzantrag zum Raveaux'schen Antrage ein. Er will, daß die Nationalversammlung beschließet: die Volksvertretungen werden in allen Staaten Deutschlands zusammenberufen und eine längere Vertagung ist unzulässig. Der Vorsitzende ertheilt hierauf das Wort dem Abg. M. Mahl; derselbe spricht für seinen Antrag und mahnt an seine frühere Behauptung, daß der König von Preußen nicht annehmen werde. Er will die Oberhauptfrage als eine offene behandelt wissen. Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen. Reichsministerpräsident v. Gagern befragt die Tribune, um eine persönliche Angelegenheit zu berühren. In heutigen Blättern, welche über die Stuttgarter Vorgänge berichten, kommt folgende Stelle in der Erklärung des Königs vor: „Der König von Preußen hat die deutsche Reichsverfassung noch nicht anerkannt; er hat die Kaiserkrone abgelehnt; nach heute erhaltenen Nachrichten hat Camphausen mit Gagern über die Aenderung der Verfassung unterhandelt; was soll ich also jetzt schon anerkennen, was noch gar nicht existirt?“ Meine Herren, ich weiß nicht, aus welcher Quelle Se. Majestät der König von Württemberg die ganz unrichtige Nachricht, daß ich mit Hrn. Camphausen unterhandele, geschöpft hat. Weder ich noch Hr. Camphausen, welchen ich als einen wahrhaftigen Ehrenmann kenne, haben zu einer solchen Aussage Anlaß gegeben. Ich erkläre hiermit nochmals, daß die Verfassung durchgeführt werden müsse, wie sie vorliegt, und daß ich seit der Publication keine Unterhandlungen darüber gepflogen habe. (Großer Beifall.) Der Vorsitzende ertheilt hierauf dem Abg. Simon aus Erier das Wort. Dieser protestirt gegen die Vertagung bei der bevorstehenden Krisis in Berlin und Stuttgart und will morgen eine Sitzung. Abg. Kieffer erklärt, er habe es für Pflicht gehalten, für die Vertagung auf Donnerstag zu sprechen und die Gründe offen darzulegen. In Berücksichtigung der Vorgänge in den einzelnen Staaten könne es sehr heilsam sein, keinen abschließenden Beschluß zu fassen, und das Vaterland werde es der Versammlung Dank wissen. Die Abgg. Benedey und Raveaux sprachen für Simons Antrag. Die Galerien, welche einige Worte des Abg. Raveaux mit großem Beifall aufnahmen, werden von dem Vorsitzenden zur Ordnung verwiesen. Abg. Bessler: Bis Donnerstag können die Thatsachen reif genug sein, um ordentliche Beschlüsse zu fassen. Gegen die beständigen Anträge auf Schluß der Debatte von der Linken ist die Vertagung nur eine Nothwehr. Abg. Wischer aus Tübingen bittet wegen des moralischen Eindrucks auf das Volk, die Discussion rascher zu betreiben und raschere Beschlüsse zu fassen. Die Versammlung entscheidet, daß die nächste Sitzung auf morgen 9 Uhr anberaumt werde. Schluß der Sitzung um 1 Uhr.